

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindörner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pfortseite oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

## Die Scharfmacher am Werk.

„Nun laßt uns endlich Taten sehen...“

Allgemach nähern wir uns der Zeit, wo die größeren Parlamente, so auch der Reichstag, ihre Tagungen wieder aufnehmen, und Freund und Feind rüsten sich wieder zum parlamentarischen Kampf. Am bemerkenswertesten sind für uns die Rüstungen der Scharfmacher. Ihnen scheint es Kopfschmerzen zu verursachen, daß der Raffernblock, um sein Prestige zu vermehren, mit lautem Geschrei die Fortführung der Sozialpolitik als seine Aufgabe und das Bedingnis seiner Existenz ausgegeben; daß der Reichstanzler kurz nach der Reichstagswahl dem Zentralverband der Industriellen gegenüber es als die Aufgabe der Regierung bezeichnet hat, im Verein mit den Unternehmern eine „gewissenhafte und besonnene Sozialpolitik“ auch weiter zu betreiben; daß der Kaiser selbst bei der Eröffnung des Reichstages aller Welt den Entschluß der verbündeten Regierungen mitteilte, „das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen“. Sie befürchten, daß über all den vielen Ankündigungen sozialpolitischer Taten selbst den christlich-nationalen Arbeitern der Geduldsfaden reißen könnte, wenn den Teden schließlich doch keine Taten folgen. Vielleicht befürchten sie auch, der Paarungstrieb könnte die konservativ-liberalen Blockherrschaften zu ganz außerordentlichen gesetzgeberischen Leistungen gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik anspornen. Deshalb bauen die Scharfmacher dem schon beizetzten vor.

So war am 21. Oktober in Berlin der Bund der Industriellen zusammengekommen, um gegen einen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung Stellung zu nehmen. Der Generalsekretär des Bundes, Dr. Wendlandt, hielt einen Vortrag über die neuen sozialpolitischen Gesetzesvorlagen, insbesondere die Novelle zur Gewerbeordnung. Der baldige Wiederzusammentritt des Reichstages habe dem Bund der Industriellen und dem Zentralverband deutscher Industrieller die Notwendigkeit vor Augen geführt, vorher noch einmal unter dankenswerter Anwesenheit von Regierungsorganen die „Grenzen des Möglichen und Nützlichen“ in der zukünftigen Sozialpolitik des Reiches vom Standpunkt der Industrie aus „abzustecken“. Dringend nötig erscheint dem Referenten ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen. 1899 hätten der Kaiser, die Regierung und alle leitenden Kreise (soll heißen: die Scharfmacher!) das Zuchthausgesetz machen wollen. Es sei leider gescheitert. Der Referent erörterte dann die Forderung der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit und lehnte namens des Bundes der Industriellen rundweg den Zehnstundentag für Arbeiterinnen ab. Die anwesenden Delegierten stimmten ihm natürlich zu.

Am 28. Oktober fand dann auch eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin statt, ausschließlich zu dem Zwecke, um zu den sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. An der Versammlung, zu der auch die Minister v. Bethmann-Hollweg, Breitenbach, Delbrück und Freiherr v. Rheinbaben mit ihren Unterstaatssekretären, der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Kaufmann, und andere offizielle Persönlichkeiten erschienen waren, nahmen über 300 Herren teil. Herr Axel Bueck referierte. Natürlich hielt er eine kräftige Scharfmacherpause. Seiner langen Rede kurzer Sinn ist niedergelegt in einer Resolution, in der erklärt wird, daß der Zentralverband auch in Zukunft beibehalten werde, „eine in dem erhabenen Geiste des großen Kaisers und im Sinne des jetzigen Reichstanzlers Fürsten v. Bülow gehaltene Sozialpolitik mit bestem Willen kräftig zu fördern, soziale Mißstände zu beseitigen und damit der von dem Herrn Reichstanzler geäußerten Hoffnung zu entsprechen. Er tut dies unter der sicheren Voraussetzung, daß die verbündeten Regierungen in Würdigung des Umstandes, daß eine gedeihliche Politik weder in bezug auf die allgemeinen staatlichen, noch insbesondere auf die wirtschaftlichen Verhältnisse getrieben werden kann, wenn nicht den Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegengetreten wird, kein ihnen zurstehendes Mittel unversucht lassen werden, die Sozialdemokratie, als die gefährlichste Feindin der wahren Interessen auch des Arbeiterstandes, zu bekämpfen und in die gebührenden Schranken zurückzuweisen.“ In erster Linie kann dies nach Ansicht des Zentralverbandes auf dem Gebiet des Krankenkaufwesens geschehen. Bezüglich einer Reorganisation der Krankenkassen wird unter anderem verlangt: Erhaltung der Betriebskrankenkassen, Häufelung der Beiträge und demgemäß auch der Stimmen in den Vorständen und Generalversammlungen, Ernennung der Vorstände der Ortskrankenkassen von einer dazu geeigneten

Behörde, beschränkte freie Arztwahl. Die Zusammenlegung der drei großen Versicherungsarten wird zurückgewiesen, besonders in bezug auf die Unfallversicherung, und gegen die Steigerung der Beiträge zu den Reservefonds der Unfallversicherung protestiert. Bezüglich der Witwen- und Waisenversicherung wird die Bereitwilligkeit der Industrie zur Mitwirkung davon abhängig gemacht, daß die Last auf den Arbeitgeber, die Arbeiter und die Allgemeinheit, letzteres in Gestalt eines Reichszuschusses, verteilt werde. Dasselbe müßte der Fall sein betreffs Deckung etwaiger Fehlbeträge bei den für die Witwen- und Waisenversicherung bestimmten Zollerträgen. Die Erklärung spricht sich ferner unter gewissen Voraussetzungen für die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten aus und ist damit einverstanden, daß gewisse Bestimmungen der Arbeiterfürsorge und des Arbeiterschutzes, unter sorgfältiger Berücksichtigung der Verhältnisse und Bedürfnisse in den einzelnen Fällen, auch auf die in der Hausindustrie und Heimarbeit beschäftigten Personen angewendet werden.

Folgende Beschlüsse fanden einstimmige Annahme:

a. Der Zentralverband ist bereit, eine „gesunde, kräftige, vorurteilslose, vernünftige“ Sozialpolitik und die Abstellung sozialpolitischer Mißstände aufrichtig und opferwillig zu unterstützen. Unbeschadet dessen erachtet er sich in Wahrung der ihm anvertrauten Interessen der deutschen Industrie für verpflichtet, gegen die in den Verhandlungen des neuen Reichstages verfolgten, sehr weit gestreckten sozialpolitischen Ziele entschieden Einspruch zu erheben. b. Dieser Einspruch richtet sich gegen jede übermäßige, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gefährdende Belastung der Industrie durch Beschränkungen und Einengungen der Betriebe, die über das von der unbedingten Notwendigkeit gebotene Maß hinausgehen, und durch weitere Entziehung von Arbeitskräften entweder auf dem Wege direkter Ausschaltung oder weiterer Verkürzung der Arbeitszeiten oder durch Erweiterung bereits bestehender einschränkender Bestimmungen. c. Der Zentralverband erhebt insbesondere Einspruch gegen die Bestrebungen, in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nachtarbeit durch Kürzung der Arbeitszeit die Einführung der achtstündigen Schicht zu erzwingen, weil der Lohnausfall von den Arbeitgebern nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen. d. Ebenso betrachtet der Zentralverband deutscher Industrieller mit schweren Bedenken die Bestrebungen, die bestehende Höchststunde für Arbeiterinnen gesetzlich noch weiter zu beschränken. Diese Bestrebungen berühren vor allem, aber durchaus nicht allein, die Textilindustrie. Die Gewissheit, daß jede Verkürzung der Arbeitszeit in den Spinnereien in vollem Umfang, in den Webereien und den übrigen Zweigen der Textilindustrie jeden als tödliche Bedrohung mit sich bringt, die Gefahr, daß der Wettbewerb der deutschen Textilindustrie gegen das Ausland sich in Zukunft ungünstig gestaltet, alle diese Umstände lassen eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen als ein wirtschaftlich gefährliches Vorgehen erscheinen, demgegenüber es entschieden vorzuziehen wäre, es der Industrie zu überlassen, ob sie wie bisher da, wo die Verhältnisse es irgend gestatten, freiwillig auf eine längere Arbeitszeit übergehen will. e. Sollte aber aus Gründen, die außerhalb des Kreises der wirtschaftlichen Tatsachen gelegen sind und vielleicht dem Gebiet politischer Erwägungen angehören, eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden, so kann ihre Einführung, damit die Industrie sich auf die veränderten Verhältnisse einzurichten vermag, nur allmählich mit einer langen Übergangsfrist erfolgen, als welche ein Zeitraum von mindestens vier Jahren angemessen erscheint, sowie nur unter sorgfältigster Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Industrien, wobei jedenfalls weitgehende Ausnahmenvorschriften notwendig sein werden.

Dagegen will der Zentralverband solchen Einschränkungen der Sonntagsruhe nicht entgegenreten, die nach Begutachtung Sachverständiger durch technische Fortschritte oder sonstige dauernde und allgemeine Änderungen in den betreffenden Betrieben gerechtfertigt erscheinen; er wird ferner alle auf die Förderung von Tarifverträgen in der Industrie durch die Gesetzgebung oder die Verwaltung gerichteten Bestrebungen auch fernerhin bekämpfen.

Zum Koalitionsrecht der Arbeiter wird erklärt: „Der Zentralverband hat niemals irgendwie Stellung gegen das jetzt bestehende Koalitionsrecht der Arbeiter genommen, erachtet aber, daß die mehrfach im Reichstag gestellten, die Erweiterung dieses Rechtes und dessen Ausdehnung auf weitere Klassen von Arbeitern, Angestellten und Beamten bezweckenden Anträge mit den Interessen des Staates und des Gemeinwohls unvereinbar sind.“

Endlich erachtet es der Zentralverband für unbedingt erforderlich, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch besorgt sind, durch gesetzliche Maß-

nahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter „von der Schreckensherrschaft dieser Partei und ihrer Organisationen zu befreien“.

Unverhüllter, schamloser hat das Scharfmachertum in Deutschland noch nie seine Absichten enthüllt, als es auf dieser Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller geschehen ist.

Der Plan der Scharfmacher geht also dahin, alle und jede ernste sozialpolitische Gesetzgebungsaktion zu Falle zu bringen, alle sozialpolitischen Reformen zum besten der Scharfmacher zu wenden, geringe Konzessionen an die Arbeitererschaft aber, die in Rücksicht auf den Bestand des konservativ-liberalen Block gemacht werden müssen, gegen ein Zuchthausgesetz einzutauschen.

Das haben wir also von der Blockära zu erwarten: Eine Verschlechterung der Arbeiterversicherung, sozialpolitische Scheinkonzessionen und ein Zuchthausgesetz!

Die Unternehmer rüsten, kommen wir ihnen mit unseren Rüstungen zuvor. Denn letzten Endes werden die Scharfmacher mit ihren Bestrebungen doch nur Erfolg haben, wenn wir es an der nötigen entschiedenen Vertretung unserer Interessen haben fehlen lassen.

Rüsten wir also zum Gegenschlag gegen die Scharfmacher; drängen wir aber die Blockparteien und die Regierung dazu, endlich ihre zahlreichen Versprechungen sozialpolitischer Reformen einzulösen. Denn „der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!“

## Die Konferenz in Cassel.

Am 28. und 29. Oktober hat in Cassel in verabredeter Weise wieder eine Konferenz unseres Verbandsvorstandes mit dem Zentralvorstand des Arbeitgeberchutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe stattgefunden, auf welcher beiderseitig eine Klasseneinteilung der Städte bezüglich der Dauer der Arbeitszeit in Angriff genommen werden sollte. In den Verhandlungen haben erstmals auch Vorstandsvertreter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter und des Hirsch-Duncker'schen Gewerkevereins der Tischler teilgenommen. Beide Organisationen hatten sich vorher an unseren Verbandsvorstand gemeldet und sich zu einer Vorstandsabstimmung bereit erklärt. Mit Vertretern des Vorstandes des christlichen Verbandes fand die nachgesuchte Besprechung bereits am 16. Oktober in Frankfurt statt, in welcher über die Bedingungen für die gemeinschaftlichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern sehr bald eine Einigung erzielt wurde. Die Vorbesprechung mit den Vertretern des Gewerkevereins erfolgte erst am 26. Oktober in Cassel, und nachdem dieselben über ihren ersten Willen, in Zukunft gemeinsam mit dem Deutschen Holzarbeiterverband für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, eine befriedigende Erklärung abgegeben hatten, erklärten unsere Vorstandsvertreter sich auch mit der Zulassung des Gewerkevereinsvorstandes zu den gemeinsamen Verhandlungen einverstanden.

Am 27. Oktober traten alsdann die Vertreter der drei Arbeiterorganisationen zusammen, um sich untereinander über die den Arbeitgebern gegenüber bei den Verhandlungen einzunehmende Stellung zu einigen. Von dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes war eine Reihe grundsätzlicher Bedingungen für die Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit aufgestellt worden, welche die unentgeltliche Zustimmung der Vertreter des christlichen Verbandes und des Gewerkevereins fanden. Diese Grundsätze lauten wie folgt:

1. Die außerordentliche Ungleichheit in den bestehenden Arbeitsbedingungen ist ein Schaden sowohl für die Arbeitgeber als für die Arbeiter.

2. Insbesondere bildet gegenüber den fortgeschrittenen Verhältnissen, wie sie im Laufe der Zeit in zahlreichen Städten erzielt und zum großen Teil schon durch die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbarten Verträge festgelegt sind, das Fortbestehen der ungünstigen Arbeitsbedingungen in den zurückgebliebenen Ortschaften eine direkte Gefahr für beide Teile und für das Gewerbe überhaupt. Den Arbeitgebern wird dadurch die Konkurrenz erschwert und den Arbeitern das berechtigete Streben nach Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage.

3. Das Ziel einer ernstgemeinten und dauernden Bestand versprechenden Tarifgemeinschaft, welche die Arbeitsfreistellungen im Gewerbe einschränkt und in Zukunft möglichst an Stelle der Entscheidung durch Streiks oder Aussperrungen die friedliche Verständigung durch Vertragsver-

einbarungen sehen soll, muß deshalb darauf gerichtet sein, in einer beide Kontrahenten im Arbeitsverhältnis befriedigenden Weise die Ungleichheiten in den Arbeitsbedingungen möglichst zu beseitigen.

4. Dieses Ziel kann in der gegenwärtigen Zeit des Fortschritts auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens gleichfalls nur auf dem Wege des Fortschritts erreicht werden in dem Sinne, daß die ungünstigen Arbeitsbedingungen nach Möglichkeit aufgebeßert und den in anderen Städten bereits vereinbarten besseren Bedingungen näher gebracht und gleichgestellt werden.

5. Die derzeitige Verschiedenartigkeit der Produktion und der Lebensverhältnisse macht jedoch eine völlige Uniformität der Arbeitsbedingungen in allen Städten vorerst zur Unmöglichkeit, weshalb beide Teile klar darüber sind, daß auf begründete Ausnahmeverhältnisse die erforderliche Rücksicht genommen werden muß.

6. Bei der heutigen erstmaligen Inangriffnahme einer Vereinbarung für das ganze Reich können mustergültige Resultate nicht erwartet werden. Um so mehr müssen beide Parteien das erstrebte Ziel im Auge behalten und bereit sein, die unvollkommenen Anfänge der Vertragsgemeinschaft mit dem Fortschritt der Zeitverhältnisse weiter zu verbessern.

7. Von den Fragen, welche durch allgemeine Vereinbarungen in erster Linie lösbar sind, bietet die Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe im Verhältnis zur Lohnfrage und anderen die geringeren Schwierigkeiten. Nachdem in den meisten größeren Industrieorten bereits der Neunstundentag eingeführt ist, in den Großstädten eine noch kürzere als die 6 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit, und in den namhaften mittleren Orten fast allgemein eine Maximalarbeitszeit von 57 und weniger Stunden pro Woche schon besteht, kann als nächstes Ziel der geplanten Städteinteilung aufgestellt werden, die Höchstdauer der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe halbwegs auf 9 1/2 Stunden pro Tag zu beschränken und eine Klassifizierung in dem Sinne in Aussicht zu nehmen, daß die normale vertragliche Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe in absehbarer Zeit auf 9 Stunden pro Tag festgesetzt wird, wie dieselbe zum Beispiel im Buchdruckergewerbe bereits seit Jahren vertraglich vereinbart ist.

8. Daß in den Großstädten mit ihrer großen räumlichen Ausdehnung und den weiten Entfernungen von den Arbeiterwohnungen zur Arbeitsstätte auch in Zukunft eine kürzere als die normale Arbeitszeit besteht, muß nach wie vor als berechtigt anerkannt werden.

9. Solange eine völlige Gleichmäßigkeit in der Dauer der Arbeitszeit allgemein nicht möglich ist, muß bei der Klassifizierung der Städte von der Rücksichtnahme auf folgende Bedingungen ausgegangen werden:

- a. Die Größe der Stadt.
- b. Die Nähe einer Großstadt.
- c. Die Bedeutung der Industrie am Orte.
- d. Die Betriebsart.
- e. Rücksichten auf Nachbarstädte und verwandte Betriebe.
- f. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter.

10. Die von den Arbeitern in einzelnen Städten vermöglicher Organisation errungenen günstigeren Positionen werden neben der allgemeinen Vereinbarung uneingeschränkt anerkannt. Ebenso dürfen selbstverständlich etwaige in einzelnen Betrieben bereits eingeführte bessere Bedingungen nicht zugunsten einer Egalisierung wieder verschlechtert werden.

11. Die Klassifizierung der Städte hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit und deren angemessene spätere Verfürzung erfolgt durch Vereinbarung zwischen den Zentralvorständen der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, nach vorausgegangener Befragung der in Betracht kommenden Ortsvereine. Die Vereinbarungen zwischen den Zentralvorständen erlangen Gültigkeit, sobald die beiderseitigen Verbandstage ihre Sanction erteilt haben. In den Städten, in welchen die Dauer der Arbeitszeit durch die allgemeine Klassifizierung festgelegt ist, scheidet diese Frage bei den sonstigen Vertragsverhandlungen am Orte aus. Die durch die Vereinbarung der Zentralvorstände festgelegte Arbeitszeit ist in den Arbeitsvertrag für den betreffenden Ort aufzunehmen.

12. In den Vereinbarungen der Zentralvorstände ist auch festzulegen, an welchem Zeitpunkt die vertragliche Arbeitszeit in den einzelnen Städten zur Durchführung gelangen soll. Die beiderseitigen Organisationen haben die Verpflichtung, für die Durchführung und Einhaltung dieser Vereinbarungen mit allen Mitteln einzutreten.

13. In einer zu vereinbarenden regelmäßigen Frist treten die Zentralvorstände aufs neue zusammen, um eine jeweilige, den veränderten Verhältnissen entsprechende Revision der Städteinteilung vorzunehmen.

Diese Grundsätze wurden am nächsten Tage bei Beginn der Beratungen über die Klasseneinteilung der Städte den Vertretern des Arbeitgeberverbands schriftlich mit den Unterschriften der drei Vorstände überreicht.

Vor Eröffnung der Konferenz am 28. Oktober spielte sich noch ein Vorgang ab, der nahezu zum Scheitern der ganzen Verhandlungen geführt hätte. Es hatten sich nämlich auch zwei Vertreter der katholischen Fachabteilung eingefunden, deren Zulassung zu den Verhandlungen aber nicht nur von unseren Vorstandsvorstreitern, sondern auch von den Christlichen und Hirsch-Duncker'schen entschieden abgelehnt wurde, und zwar mit der Motivierung, daß eine weitere Arbeitervertretung nur dann zugelassen werden könne, wenn mit derselben vorher eine entsprechende Verständigung erfolgt sei. Weil die Fachabteiler gar nicht den Versuch einer solchen vorherigen Verständigung gemacht hatten, so war ihr Ausschluß von dieser Konferenz selbstverständlich, so wenig angenehm den Vertretern des Arbeitgeberverbands dies auch zu sein schien.

Über das Ergebnis der Verhandlungen werden wir in nächster Nummer einen Bericht nachtragen.

### Die Heimarbeit in der Holzindustrie des Thüringer Waldes.

P. S. Seitdem die Heimarbeiterfrage aktuell geworden, seitdem die großen volkswirtschaftlichen und hygienischen

Gefahren erkannt sind, die als Begleiterscheinung der Heimarbeit auftreten, ist man auch von bürgerlicher Seite bestrebt gewesen, die Auswüchse dieser kapitalistischen Giftpflanze zu beschneiden. Zu ernsthaften Reformen freilich ist es noch nicht gekommen, und auch in Zukunft werden die Beschäftigten in der Heimarbeit nichts erwarten können als schöne Worte.

Daß die Heimarbeit große volkswirtschaftliche und hygienische Gefahren in sich birgt, ist für jeden klar, der einigermaßen die Erwerbs- und Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter kennt. Wo die Wohn- und Schlafräume als Arbeitsstätte benutzt werden, kann von einer Förderung der Gesundheit keine Rede sein, ganz abgesehen davon, daß die traurigen Erwerbsverhältnisse die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht in die Lage setzen, durch gesunde und kräftige Nahrung den Körper gegen die Einflüsse der Krankheiten widerstandsfähig zu machen. So sind denn auch die Gesundheitsverhältnisse in der Hausindustrie durchgehends ungünstiger als in den Reihen der übrigen Industriearbeiter. Beeinflusst wird natürlich auch der Gesundheitszustand durch die berufliche Tätigkeit. So ist der Ort Steinach (S.-M.) mit seiner ausgebreiteten Griffelindustrie ein wahrer Herd der Schwindsucht. In den besten Jahren werden die in dieser Industrie beschäftigten Männer dahingerafft, in der Regel eine Witwe mit zahlreichen Kindern hinterlassend. Im genannten Orte sterben allein nach einer Statistik des Kreisphysikus Dr. Kreißmann von 1000 Personen 64 an Schwindsucht, während im benachbarten Mengersgereuth, wo vornehmlich Holzwaren durch Heimarbeit erzeugt werden, die Sterblichkeitsziffer auf 20 herabsinkt. Die Verarbeitung des Holzes wirkt nicht so schädigend wie die des Steines, bei dessen Bearbeitung Millionen von kleinen, winzigen, mit scharfen Kanten versehenen Steinpartikeln von den Arbeitern eingeatmet werden und deren Lungen verletzen.

Was die Erwerbsverhältnisse anbetrifft, so liegen dieselben in allen Berufen gleich ungünstig. Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn und schlechte Wohn- und Schlafräume, das ist die Signatur der gesamten Heimarbeit.

Thüringen hat eine ausgebreitete Industrie. Es ist ein Land so recht nach dem Herzen unserer modernen Ausbeuter. Eine „genügsame, zufriedene“ Bevölkerung, die unter den härtesten Entbehrungen ihr targes Leben fristet. Weib und Kind bringen dem Kapitalismus willig ihren Tribut, die Ausbeutung feiert Orgien. Die dem Kapitalismus erwünschten Eigenschaften — Bedürfnislosigkeit des Volkes — hat eine ganze Menge Kapitalisten veranlaßt, nach Thüringen Fabriken zu verlegen. So besitzt Thüringen eine ausgebreitete Porzellan-, Glas-, Tabak- und Holzindustrie, in welchen sämtlich die Heimarbeit in erschreckender Weise im sich gegriffen hat. Man hat allgemein angenommen, daß die fortschreitende Technik die Heimarbeit nach und nach verdrängen würde. Bisher sind Zeichen solchen Wertbeganges nicht vorhanden. Denn gerade in der Holzindustrie, wo sich die Maschine zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickelt hat, ist eher eine Zu- als Abnahme der Heimarbeit festzustellen. Die Entwicklung und Vervollkommnung der Maschine hat die Heimarbeit nicht einschränken können, sie hat nur eine zunehmende Verelendung der Heimarbeiter zur Folge gehabt. Es ist kaum glaublich, was geleistet wird, um gegenüber den Wirkungen der Maschine seine Position zu behaupten. Eine ganze Anzahl von Holzwaren, die durch Heimarbeit hergestellt werden, sind so billig, daß sie selbst mit den technisch auf der Höhe stehenden Maschinen nicht besser und billiger hergestellt werden können. Besonders in den Städten und Dörfern auf den Höhen des Thüringer Waldes führen unsere heimarbeitenden Kollegen und deren Familien ein geradezu trauriges Leben. Es sind da verelendete Ritzenmacher, Mäher, Geigenmacher, Drechsler und Schnitzer.

Die Industrie Thüringens braucht zum Versand ihrer Produkte eine Unmenge von Kisten, die teils in größeren Kistenfabriken, in Schneidemühlen und zu einem nicht geringen Teil in den Wohnungen von Hausindustriellen hergestellt werden. Die letzteren sind geradezu erbärmlich gestellt, da sie die Konkurrenz der großen Fabriken aushalten müssen und auch beim Bezug der Materialien, Bretter, Nägel und Leim ihren großen Konkurrenten gegenüber im Nachteil sind. Wie traurig unsere „selbständigen“ Kollegen in dieser Branche gestellt sind, mögen einige angeführte Preise veranschaulichen. Es werden bezahlt für Kisten aus 18 Millimeter starkem Holze gefügt, verleimt und Deckel gehobelt:

106 x 60 x 58	2,80 M.
86 x 75 x 73	3,25 "
73 x 45 x 45	1,65 "

Für Postkisten aus 10 Millimeter starkem Holze gehobelt werden bezahlt: 29 x 25 x 15 20 Pf., 30 x 25 x 19 24 Pf., 39 x 23 x 21 28 Pf. Dabei sind trotz des großen Waldbereichs die Bretter kolossal teuer. Der Ritzenmacher bezieht das Holz aus kleineren Schneidemühlen und werden die Bretter schachweise berechnet. So kostet ein Brett im Durchschnitt 20 Zentimeter breit, 18 Millimeter stark 40 Pf., ein solches 10 Millimeter stark, 25 Zentimeter breit 30 Pf. Die Kisten müssen aus trockenem Holze, sauber und dauerhaft hergestellt werden, zu den Deckeln wird oft sogar möglichst astfreie Ware verlangt. Der Verdienst an einer Kiste ist äußerst gering. Je nach der Größe schwankt der Überschuss bei Bahnkisten zwischen 20 bis 30 Pf. pro Kiste. Von letzterer Sorte werden kaum mehr als 2 Stück bei normaler Arbeitszeit pro Tag fertiggestellt. Dabei sind die angeführten Preise noch die selten bezahlten. Die großen Kistenfabriken und Schneidemühlen liefern die Kisten zu bedeutend billigeren Preisen, so daß der Hausindustrielle, würden diese Preise durchgehends bezahlt, vollständig umsonst arbeiten würde.

Überlange Arbeitszeit, die oft bis Mitternacht ausgebeht wird, sind die Folgen dieser traurigen Erwerbsverhältnisse. Der Arbeitsraum bildet in den meisten Fällen zugleich die Wohnstube, oft auch den Schlafrum. Dabei steigen die Materialpreise von Jahr zu Jahr, die Preise für Kisten sinken immer mehr infolge der kapitalistischen Konkurrenz. Eine Besserstellung ihrer Lage haben unsere „selbständigen“ Kollegen in der Kistenbranche nicht zu erwarten.

Eigenartige Verhältnisse hat die kapitalistische Ausbeutung in einer Anzahl Thüringer Waldorte im Büttnerberufe gezeitigt. Dort, wo infolge Fehlens von Fabriken, den Arbeitern geeignete Arbeitsmöglichkeiten abgeknitten sind, gibt es eine Unmenge von „selbständigen Meistern“, die aber näher betrachtet nichts weiter als Heimarbeiter sind. Als Spezialität werden Butterkäfer, Stöbe und Gelfen verfertigt. Der „Meister“ muß sich das Holz selbst beschaffen, nur die Eisen- und Holzreise erhält er von seinem Fabrikanten oder „Auktäuser“, an den er die Waren abkoffert. Früher hatten diese „Meister“ besondere Vorrechte bei den Holzauktionen, oder man berücksichtigte sie von seiten des Forstfiskus in der entgegengesetztesten Weise. Jetzt ist das anders. Erhielten die Büttner den Festmeter gutes astfreies Holz noch vor 10 Jahren für 6 bis 10 M., so müssen die selben heute bereits 28 M. bezahlen, ungerechnet der Unmenge Wege und Scherereien, die zu überwinden sind, ehe sie in Besitz des Holzes gelangen.

Die Preise sind fortgesetzt gesunken, die Lage dieser Arbeiter hat sich rapid verschlechtert. Dabei haben noch die Arbeiter unter einem unerhörten Drucksystem zu leiden, welches viele Arbeiter in ein kaum lösbares Abhängigkeitsverhältnis zu den Auktäufern und Fabrikanten gebracht hat. Der Auktäuser hat in der Regel noch nebenbei einen Handel mit Mehl, Kleie, Materialien usw., wo der Arbeiter dann für die Hälfte seines Lohnes die schlechtere und teurere Ware mitnehmen muß. Das Anwesen manches dieser Armen ist auf diese Art und Weise langsam aber sicher in die Hände des reichen Fabrikanten gelangt. Durch Verleihen von Hypotheken, durch Leistung von Vorschuss bei Holzeinkäufen bringt der Fabrikant diese Leute in ein immer größeres Abhängigkeitsverhältnis, so daß es ihm immer leichter wird, die Preise zu drücken. Der Durchschnittsverdienst beträgt 1,10 M. bei normaler Arbeitszeit. Ein Teil dieser Heimarbeiter hat sich aus dem Abhängigkeitsverhältnis zu den Fabrikanten emanzipiert. Haben dieselben eine Menge Ware verfertigt, dann laden sie dieselbe auf Schlitten oder Wagen und ziehen hinein ins Land oft 8 bis 10 Stunden weit, um dieselbe loszuschlagen. Oft muß dann ein solcher „Gändler“ seine Ware, will er sie nicht teilweise wieder mitbringen, weit unter dem Werte loszuschlagen.

Die Industrie hat ihren Sitz speziell in Schnett, Heubach, Langenbach und Unterneubrunn. Die Fabrikation von Geigen wird betrieben in Großbreitenbach und Dize. Im letzteren Ort befindet sich eine Fabrik mit 15 bis 20 Mann sowie ein kleiner Betrieb in welchem 8 Mann beschäftigt sind. Eine größere Geigenfabrik ist vor einigen Jahren niedergebrannt. Alt ist die Geigenfabrikation in Großbreitenbach, wo sie sich vom Vater zum Sohn fortgeerbt hat. Hier wird die Fabrikation nur im Hause betrieben. Früher waren die Geigenbauer die bestgestellten Arbeiter, aber auch in diesem Beruf hat die kapitalistische Entwicklung ihren Siegeszug angetreten. Jetzt wird kaum die Hälfte des vor 10 Jahren üblichen Preises gezahlt, auch die Preise für das Material sind ständig gestiegen. Nur tüchtige, eingearbeitete Geigenbauer erlangen noch einen Verdienst von 15 bis 17 M. bei 13 bis 15 stündiger Arbeitszeit. Der Verdienst der Geigenmacher ist ein solch schlechter, daß eine ganze Anzahl von Geigenbauern im Sommer andere Arbeitsgelegenheit suchen und die Geigenmacherei nur im Winter betreiben. Auch hier bildet der Arbeitsraum zugleich Wohn- und Schlafrum. Da der Verdienst des Mannes nicht ausreicht, die Familie durchzubringen, sind die Frauen und Kinder mit tätig. Sie nähen und stopfen Puppen, malen „Schwimmer“ (kleine Puppen), verfertigen allerlei Spielwaren und Luxusgegenstände. Die Heimarbeit hat in den letzten Jahren in geradezu erschreckender Weise zugenommen.

Nicht besser gestellt sind die Drechsler. Noch vor 5 Jahren waren eine Menge von Drechslern mit der Herstellung von Artikeln für die Elektrizitätsindustrie beschäftigt. Es war damals mit diesen Artikeln noch „was zu holen“. Aber auch hier hat der Kapitalismus andere Verhältnisse geschaffen. Duzende von „Meistern“, die sich auf die verschiedenen Waldorte verteilten, lieferten ihre Ware an den größeren Unternehmer. Aber die fortgesetzten Preisdrückereien zwangen viele dieser Meister, die Fabrikation dieser Artikel aufzugeben oder direkt an die Kunden zu liefern. Jetzt werden die Bedarfsartikel für die Elektrizitätsindustrie vorherrschend in größeren Betrieben, Langewiesen usw., hergestellt. Durch diese kapitalistische Konzentration ist einer ganzen Anzahl von Drechslern die Arbeitsgelegenheit entzogen worden, so daß sie sich mit der Herstellung aller möglicher Gegenstände beschäftigen müssen.

Besonders traurig ist die Lage dieser Heimarbeiter und Hausindustriellen in Schnett, wo sich annähernd 100 mit der Herstellung von allen möglichen häuslichen Gebrauchsgegenständen befassen. Quirle, Mangelgeschirre, Kinder-spielsachen, Handtuchhalter, Kleiderhaken, kurz alle erdenklichen Gegenstände werden hergestellt. Die Arbeiter sind Drechsler, Schnitzer und Tischler zugleich. Die von diesen verfertigten Waren werden dann durch die Frauen im Lande vertrieben. Ungeachtet des oft meterhohen Schnees kommen dann diese Armen in dürrtiger Kleidung ins Land, ihre Ware an den Mann zu bringen. Not, Sorge, Entbehrungen haben diesen Frauen ihren Stempel aufgedrückt. Das Glend dieser Heimarbeiter ist weit und breit bekannt,

und selten läßt die Arbeiterfrau eine solche Händlerin ziehen, ohne etwas gekauft zu haben.

Der Verdienst der Heimarbeiter ist ein schwer festzustellender, da es ganz auf das Geschick der verkaufenden Frauen ankommt, wie sie die Ware loszuschlagen. Ungerechnet der Tätigkeit der Frau ist der Durchschnittsverdienst eines solchen Heimarbeiters höchstens 1 Mk. pro Tag. Die furchtbaren Entbehrungen, die Not und der jahrelange Druck haben der Physiognomie der Bevölkerung ihren Stempel aufgedrückt. Scheu, gedrückt und gebückt, zurückhaltend und geduldig, trägt dieser Teil des Volkes sein Los. Und doch, bei alledem pulsiert in aller Adern ein nach Freiheit und Glück lechzender Geist. Willig leihen sie unseren volksbefreundenden Ideen ihr Ohr. Man muß sie sehen, wie sie sich in die Versammlungen drängen, dem Redner begeistert am Munde hängen, wenn er ihre Leiden schildert, ihnen eine bessere Zukunft verheißt. Man muß sie gesehen haben, wie sie bei Kenntnisnahme des ungünstigen Wahlausfalls ihrem Schmerz, ihrem Jorn, ihren gekäuften Hoffnungen ungeschminkt Ausdruck verleihen, um erkennen zu lassen, daß sie für uns nicht verloren sind. Arbeit, harte Arbeit zwar wird es kosten, ehe die Organisation sich Bahn in jene Kreise bricht, denn der größte sich bei diesen Heimarbeitern und Hausindustriellen des Thüringer Waldes uns entgegenstellende Feind ist nicht der Indifferentismus, sondern das Glend, die traurigen Erwerbsverhältnisse, die es manchem mit dem besten Willen Befehlen unmöglich machen, den Beitrag zu bezahlen.

Es muß aber auch noch berücksichtigt werden, daß bei den eigenartigen Verhältnissen die Organisation auf einzelne der hier angeführten Gruppen keinen Einfluß ausüben kann, da ein Teil der angeführten nicht nur Produzenten, Hersteller der Ware sind, sondern zugleich Händler, also eigentlich unabhängig ihr Gewerbe ausüben. Bessernd und helfend kann hier nur der Staat eingreifen, indem er für Arbeitsgelegenheit Sorge trägt. Nach dieser Richtung hin aber ist von den einzelnen Regierungen nichts zu erwarten.

Für alle wahren Kultur- und Menschenfreunde findet sich in der Heimarbeit und Hausindustrie ein Problem, das zu lösen jeder helfen und mitwirken sollte.

Soweit die Organisationen und insbesondere der Holzarbeiterverband in die Lage kommen, den Heimarbeitern ihre traurige Lage verbessern zu helfen, wird das in der nachdrücklichsten Weise geschehen. Eine so schwere und undankbare Arbeit es oft auch ist, wird doch die Agitation auch unter den Heimarbeitern der Thüringer Waldorte energisch betrieben werden.

### Aus den Berichten der Arbeiterssekretariate über das Jahr 1906.

I.

gh. In diesem Jahre haben die Berichte der Arbeiterssekretariate eine ganz besondere Bedeutung. Die bürgerlichen Sozialpolitiker stellen es fast durchweg als selbstverständlich hin, daß bei der bevorstehenden grundsätzlichen Reform der Arbeiterversicherung die Berufsgenossenschaften gesont werden müssen, als ob gerade diese Einrichtung sich bewährt habe. Und in der Tat fehlt es an Stimmen nicht, die den Berufsgenossenschaften ein gar herrliches Loblied singen. Leider hat sich hieran sogar ein Mann wie der Präsident des Reichsversicherungsamts beteiligt.

Demgegenüber geben die Berichte der Arbeiterssekretariate ein ungefähres Bild davon, wie es in Wahrheit mit den Berufsgenossenschaften bestellt. Und dieses Bild ist das denkbar traurigste. Die Beschwerden über die arbeiterfeindliche Praxis der Berufsgenossenschaften werden immer häufiger und immer dringender. Nur zu oft arbeiten gewisse Berufsgenossenschaften in geradezu unerhörter Weise darauf hin, die verunglückten Arbeiter um die Unfallentschädigung zu bringen. Wo dieses aber jene Berufsgenossenschaften selbst beim rückständigsten Vorgehen nicht erreichen können, schädigen sie die verunglückten Arbeiter oder deren Hinterbliebene durch Verzögerung der Rentenfeststellung, durch fortwährende Untersuchung usw. Fast in allen Berichten wird hervorgehoben, daß die rentenberechtigten Arbeiter meistens einen schweren Kampf um ihre Rente führen müssen. Ein müssen, heißt es zum Beispiel in dem Bericht des Meißener Arbeiterssekretariats, „alle Hebel in Bewegung setzen, um für die im Dienste des Kapitals herbeigeführte Erwerbsbehinderung eine nur halbwegs entsprechende Entschädigung zu erlangen. Ja, nicht selten kommt es vor, daß der um sein Recht kämpfende in der Beschleiberteilung oder auch bei ärztlichen Untersuchungen noch Beleidigungen zu hören bekommt, indem man ihn der Simulation, Übertreibung und Unwahrhaftigkeit bezichtigt. Durch Entziehung der Rente oder durch zu niedrige Bemessung derselben werden die ohnehin bedauernswerten Opfer unserer heutigen Produktionsweise sehr oft an den Rand der Verzweiflung gebracht.“

Die Feststellung der Unfallentschädigung soll nach den Unfallversicherungsgesetzen „in beschleunigtem Verfahren“ erfolgen. Dem kommen die Berufsgenossenschaften vielfach so nach, daß wir in den Berichten der Arbeiterssekretariate die vielen Klagen über die Verschleppung der Unfallsachen lesen. Das Nürnberger Arbeiterssekretariat berichtet über die Bayerische Baugewerksberufsgenossenschaft: Fälle, in denen erst nach 8, 10, 12 und mehr Monaten nach Eintritt des Unfalls Rentenfeststellungsbescheide erlassen wurden, sind nicht selten. Je länger die Berufsgenossenschaft mit der Feststellung der Unfallrente wartet, desto weiter kann in gewissen Fällen die Besserung in dem Zustande des verunglückten Arbeiters geschehen sein. Daher wird dann die Rente um so geringer angesetzt. Und das nicht nur für die letzte Zeit, sondern auch

möglichst weit zurück, also auch für die Zeit, in welcher der Zustand des Arbeiters schlimmer gewesen, der Arbeiter demnach Anspruch auf eine höhere Rente gehabt hat. Dazu kommt selbstverständlich, daß ein verunglückter Arbeiter auf die Unfallunterstützung angewiesen ist und oft genug in die schlimmste Not gerät, wenn er so lange auf die Auszahlung der Unfallrente warten muß.

Die Bayerische Holzindustrieberufsgenossenschaft läßt sich in jedem Falle, dem eine Milzbrandvergiftung mit darauffolgendem Tod des betreffenden Arbeiters zugrunde liegt, verklagen. Auch wenn, wie in einem Fall, über den das Nürnberger Sekretariat berichtet, einwandfrei sowohl durch die Akten des Stadtmagistrats Nürnberg als auch durch die staatsanwaltlichen Akten feststeht, daß die Milzbrandvergiftung die Ursache des Todes ist, lehnt die Berufsgenossenschaft die Gewährung der Hinterbliebenenrente ab. In dem vorliegenden Falle aus dem Grunde, weil die angestellten Erhebungen in keiner Weise ergeben hätten, daß sich der Verstorbene die Erkrankung im Betriebe der Firma durch einen Unfall zugezogen hat. Durch das Schiedsgericht wurde die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer monatlichen Rente von 48,50 Mk. verurteilt. Sie beruhtigte sich bei dieser Entscheidung und „beschleunigte“ die Anweisung der Hinterbliebenenrente so, daß die Witwe nahezu 3 Monate nach Erlass der schiedsgerichtlichen Entscheidung in den Besitz der fälligen Rente kam. Die Witwe mußte vom 21. Dezember 1906 bis Mitte November 1906 mit einer wöchentlichen Armenunterstützung von 6 Mk. sich und ihre 4 Kinder ernähren.

Die Leinenberufsgenossenschaft in Braunschweig schiebt den Verletzten ihre Bescheide nicht zu, sondern läßt sie ihnen durch Angestellte der Fabrik, in der sie den Unfall erlitten haben, übergeben. Dabei wird ihnen ein Formular zur Unterschrift vorgelegt. Wenn sie dieser Aufforderung nachkommen, dann können sie weitere Ansprüche nicht mehr erheben. An das Arbeiterssekretariat in Brandenburg a. S., dessen Bericht wir diese Angaben entnehmen, hatte sich eine Arbeiterin gewendet, die in der ersten deutschen Fein-, Jute-, Garnspinnerei in Brandenburg beschäftigt ist und dort verunglückt war. Das Arbeiterssekretariat hatte ihr die nötigen Verhaltensregeln genau eingeprägt und sie glücklich über die ersten Fährnisse des Vorbescheides und des Bescheides hinweggebracht. Gegen den Feststellungsbescheid hatte das Sekretariat Berufung eingelegt und eine höhere Rente verlangt. Da nach Verlauf von 4 Monaten noch kein Termin anberaumt war, fragte das Arbeiterssekretariat beim Schiedsgericht an und erhielt den Bescheid, daß die Arbeiterin die Berufung schriftlich zurückgenommen habe, nachdem ihr die Berufsgenossenschaft einen Teil des in der Berufungsschrift Geforderten freiwillig zugestanden hatte. Jetzt erfuhr das Sekretariat von der Arbeiterin durch Kreuz- und Querfragen, daß sie in der Fabrik vor einiger Zeit ein Schriftstück unterschrieben habe. Was darin gestanden hat, wußte sie nicht.

Hat die Berufsgenossenschaft endlich das Recht des Verunglückten auf eine Unfallentschädigung anerkannt, dann muß der Jahresarbeitsverdienst des Verunglückten vor dem Unfall festgestellt werden, weil als Unfallrente ein gewisser Teil dieses Jahresarbeitsverdienstes ausgezahlt wird. Für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes enthalten die Unfallversicherungsgesetze bestimmte Grundsätze. Trotzdem bemühen sich die Berufsgenossenschaften vielfach, einen möglichst niedrigen Jahresarbeitsverdienst auszurechnen. Die verunglückten Arbeiter dagegen haben selbstverständlich das größte Interesse daran, daß ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechender Jahresarbeitsverdienst der Rentenbemessung zugrunde gelegt wird. Das Münchener Arbeiterssekretariat urteilt sehr oft die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes anstößig, weil sie von dem Bestande der Bayerischen Baugewerksberufsgenossenschaft vorgenommen wurde. Bezeichnend ist auch das Verhalten der Bayerischen Holzindustrieberufsgenossenschaft. Sie berechnete den Jahresarbeitsverdienst eines verunglückten Schreiners nach der Lohnliste des Betriebes auf 1085 Mk. Der Arbeiter wies nach, daß er außerdem noch 165 Mk. von Mitarbeitern ausbezahlt erhalten habe, die mit Akkordarbeiten überschäftigt waren und einen Teil derselben ihm im Einverständnis mit dem Werkmeister der Firma übertragen hätten. Die Berufsgenossenschaft wollte diese Summe nicht zum Jahresarbeitsverdienst hinzurechnen, weil sie kein Verdienst, sondern ein — Geschenk sei! Sie mußte erst von dem Bayerischen Landesversicherungsamt darüber belehrt werden, daß der Akkordverdienst kein — Geschenk ist.

Die häufigsten Klagen werden über die Kürzung der Renten erhoben. In sehr vielen Fällen wird den verunglückten Arbeitern, solange sie eine Unfallrente beziehen, von den Berufsgenossenschaften keine Ruhe gelassen. Jeden Augenblick werden sie vor den Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft geladen, und wenn dieser eine Besserung in dem Zustande des Arbeiters entdecken kann, dann kommt eine Herabsetzung der Rente. Wer auch dann, wenn eine solche Verbesserung nicht nachzuweisen ist, erlaubt sich manche Berufsgenossenschaft die Kürzung der Rente. Ein Arbeiter in Leipzig hatte nach dem Bericht des dortigen Arbeiterssekretariats eine Rente von der Nordöstlichen Baugewerksberufsgenossenschaft bezogen. Eines Tages setzte ihm die Berufsgenossenschaft die Rente von 60 auf 45 Prozent der Vollrente herab mit der Begründung, daß nach Lage der Verhältnisse eine allmähliche Besserung anzunehmen sei. In der Verhandlung vor dem Schiedsgericht stellte es sich heraus, daß die Berufsgenossenschaft ohne nähere Prüfung, ob tatsächlich bei dem Arbeiter eine Steigerung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, die Besserung angenommen und die Rente herabgesetzt hat. Dieses Verfahren wurde selbstverständ-

lich schon vom Schiedsgericht für unzulässig erklärt. Letzteres stellte es der Berufsgenossenschaft anheim, den Beweis für die eingetretene Besserung zu erbringen. Die Berufsgenossenschaft zog es aber jetzt wohlweislich vor, dem Arbeiter seine bisherige Rente noch fast 1 Jahr zu belassen.

### Bericht der Zentralkommission der Modellfischer Deutschlands.

Um allen Weiterungen zu begegnen, bemerken wir zum voraus, daß unser Bericht mit einer Verspätung erscheint. Es liegt dies aber weniger an der Zentralkommission, sondern die Schuld liegt an der mangelhaften Berichterstattung einer Reihe von Sektionen.

Es wäre in der Tat erfreulich, wenn, wie es den Anschein hat, namentlich in mehreren größeren Sektionen nichts passiert wäre, was des Berichtens wert sei; jedoch wir glauben nicht daran und halten es diesbezüglich für erforderlich, die Andeutungen, welche wir in Nr. 46 vom 17. November 1906 ergehen ließen, zu verwirklichen und in die Tat umzusetzen, indem wir einige Orte veröffentlichen, welche sich ganz besonders im Schneiden der Zentralkommission hervorgetan haben.

Wohl teilen wir die Ansicht des Kollegen Jensen-Riel, welcher laut Protokoll in Halle erklärte, monatliche Sendung von Berichten an die Zentralkommission würde unnötige Arbeit sein, doch muß es uns sehr befremden, daß wir seit unserer Konstituierung aus Kiel noch keinen einzigen Bericht erhalten haben. Und noch bedauerlicher ist es, daß gerade Riel es nicht für nötig gehalten hat, den ausgefüllten statistischen Fragebogen an uns zurückzusenden, trotzdem wir öffentlich in der „Holzarbeiter-Zeitung“ darum ersucht hatten. Leider mußten wir die Statistik ohne „Kiel“ in Druck geben, was zur Vollkommenheit derselben gewiß nicht beitragen kann. Wir hoffen, in dieser Beziehung noch einmal eine Aufklärung aus Kiel zu erhalten.

Nun haben noch eine Reihe von Sektionen die Konferenz in Halle durch Delegation besichtigt; die Delegierten haben auch mit Eifer die Gründung einer Zentralkommission beantwortet und sich quasi verpflichtet, derselben durch regelmäßige Berichte Material zu verschaffen. Jetzt sind wir leider gezwungen, eine Liste derjenigen aufzustellen, welche bis dato noch keinen Bericht gesandt haben. Es sind dies die Orte: Bremen, Bielefeld, Dippoldiswalde, Erfurt, Frankfurt a. D., Gera, Görlitz, Göttingen, Meissen, Sangerhausen, Plauen, Stralsund und Tsnabritz, welche wir ersuchen müssen, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Denn soll die Zentralkommission intakt bleiben, so müssen die einmal gefassten Beschlüsse strikte befolgt werden. Wir hoffen, daß hierin unbedingt Wandel eintritt, wenn anders man nicht die Lust und Liebe zur Kommissionsarbeit verlieren soll.

Doch wollen wir nicht verfehlen, zu berichten, daß uns eine große Reihe von Sektionen ganz vorzüglich über den Stand ihrer Bewegungen und Verhältnisse in Kenntnis gesetzt haben und stets über alle Vorgänge in unserer Branche auf dem laufenden hielten, worüber wir hierdurch unsere volle Anerkennung aussprechen. Denn nur durch regelmäßige Berichterstattung ist es möglich, unserer Aufgabe gerecht zu werden, um zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Modellfischer beizutragen.

Ein großes Arbeitsfeld steht uns in dieser Beziehung noch offen, welches an der Hand unserer statistischen Erhebung klar vor Augen liegt und welches zu bearbeiten wir uns als Ziel genommen haben. Hierzu bedürfen wir jedoch mehr denn je der Mithilfe der organisierten Kollegen, und wir bitten dieselben, namentlich in den in der Organisation zurückgebliebenen Orten alles daran zu setzen, um Fühlung mit den Indifferenten zu erhalten. Wir beschränken uns für heute, darauf hinzuweisen, daß mit aller Deutlichkeit aus unserer Statistik hervorgeht, wo es noch sehr faul aussieht. Ja, die Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man feststellen muß, daß es noch Modellfischer gibt, welche laut Erhebung noch mit 18, 20, 21 Pf. pro Stunde entlohnt werden. Diese Flut von Schmutzkonturrenz, welche durch solch miserablen Löhne unserer gesamten Branche naturgemäß entstehen muß, kann nur eingedämmt werden, wenn wir alles daran setzen, um diese traurigen Verhältnisse zu beseitigen. Dies ist uns aber nur dann möglich, wenn wir das Licht der Aufklärung und das neu belebende Wirken der Organisation hineintragen in diese dunklen Winkel der in der gewerkschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Ortsgemeinden. Zu diesem Zwecke bedürfen wir allerorts Adressen, um mit unserer Agitation einsehen zu können, und wir hoffen, daß wir diesbezüglich nicht vergeblich an die Hilfsbereitschaft der Kollegen appelliert haben.

Was die Zentralkommission bis jetzt an positiver Arbeit geleistet hat, kann sich immehin sehen lassen und hat auch für viele Kollegen eine segensreiche Wirkung gehabt.

Mit Überwindung so mancher Hindernisse haben wir unsere fertiggestellte Statistik am 30. September an sämtliche Sektionen versandt. In etwa 200 Rundschreiben haben wir unser möglichstes zur Vermeidung von Streikarbeit beigetragen, und gereicht es uns zur besonderen Genugtuung, daß es dadurch einer großen Zahl unserer Kollegen möglich war, ihre Lage zu verbessern und zum Teil sogar sehr gute Erfolge zu erzielen.

Für allgemeinen Interesse haben wir 59 Briefe und 16 Postkarten versandt. Eingegangen sind dagegen nur 45 Briefe und 15 Postkarten.

In der Rubrik „überstunden“ unserer Erhebung müssen wir für Berlin richtigstellen, daß dort nicht drei überstunden im allgemeinen, sondern nur ganz vereinzelt geleistet werden.

Ferner halten wir die Mitteilung für angebracht, daß wir Fühlung erhalten und korrespondiert haben mit dem Zentralfachverein der Modellfischer Österreichs. Selbstge eruchen uns, die deutschen Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß in unserer Branche in Österreich Differenzen ausgebrochen sind, und wir in Deutschland ein Augenmerk auf Streikarbeit haben möchten. In Betracht kämen die Orte Dresden, Leipzig, Augsburg und Bayreuth. Sie ersuchen uns in ihrem Kampfe gegen Einführung der Akkordarbeit und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse um unsere Solidarität. Die Zentralkommission.

### Soziales.

**Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.** Die Entscheidung über die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist abermals verfallen. Der vom Grafen Posadowsky dem Reichstag vorgelegte Entwurf war so reaktionär, so sehr auf die polizeiliche Bevormundung der Arbeiter gerichtet, daß er selbst bei Beifall der Nationalliberalen nicht fand. Er wurde im November 1906 im Reichstag kritisch vernichtet. Dieser Entwurf befindet sich, wie berichtet wird, nicht unter den Vorlagen, die dem Reichstag zunächst wieder vorgelegt werden sollen. Er wird im Laufe der nächsten Monate nach nochmaliger Verhandlung mit den Interessenten umgearbeitet werden und für eine spätere Session vorbehalten bleiben. Dieser Beschluß hängt eng mit dem kommenden Vereins- und Versammlungsgesetz zusammen, das das Recht der Berufsvereine nach der öffentlich-rechtlichen Seite regelt. Man wird zunächst abwarten, welche Aufnahme das Vereinsrecht im Reichstag erfährt, und wird es davon abhängig machen, ob und wie der alte Entwurf wieder aufgenommen werden kann.

Wenn die Regierung nicht entschlossen sein sollte, einen besseren Entwurf vorzulegen als den alten, so läßt sie gut, sich die Arbeit zu sparen, daß sie ein Reichsvereinsgesetz mit reaktionären Fesseln erstrebt, steht fest. Da kann man von ihr keinen freiheitlichen Entwurf über die Berufsvereine erwarten.

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin, Mezzandernstr. 26.** Im ganzen sind in acht Jahre 88 673 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den acht Betriebsjahren zusammen 577 288 Bände. Der Leserkreis der Ausleihbibliothek, welcher täglich wächst, dehnt sich durch alle Stadtteile bis in die Vororte hinein aus. Die verschiedenen Berufe sind wie folgt vertreten: gewerbliche Arbeiter 52 Prozent, Handlungsgehilfen und weibliche Handelsangestellte 23 Prozent, selbständige Kaufleute und Handwerker 2 Prozent, Ärzte und Juristen 2 Prozent, Staats- und Privatbeamte 4 Prozent, Lehrer und Lehrerinnen 5 Prozent, Studenten 2 Prozent, Seminaristen und Schüler 4 Prozent und Personen ohne Beruf 6 Prozent. Die Lesefälle wurden im achten Betriebsjahr von 78 293 Personen, und zwar 70 361 Männern und 2 932 Frauen, in den acht Jahren zusammen von 495 198 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 587 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte 1535 Bände zählende Nachschlagebibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen. Die Gesamtzahl der Besucher, die im achten Betriebsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 140 731 Personen gegen 137 833 im Vorjahr. Seit der Eröffnung vor acht Jahren haben insgesamt 968 219 Personen das Institut aufgesucht. Das Institut ist werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

**X. Der Reichtum der Nationen.** Die letzte Nummer von „Handel und Industrie“ vom 26. Oktober bringt eine interessante Zusammenstellung über den Reichtum verschiedener Nationen. Wenn man diesen Reichtum nach dem Werte der Vorräte, Landgüter, Häuser, Eisenbahnen, Waren, Vieh, Mobilien, Gold usw. berechnet, so ist das reichste Land die nordamerikanische Union mit der Summe von 16 850 Millionen Pfund Sterling; nachher kommt Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Rußland, Österreich-Ungarn usw. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, stellt sich der Reichtum der führenden Nationen anders, und zwar:

	mi.	mi.
Großbritannien . . .	5700	Deutschland . . . . . 2840
Frankreich . . . . .	5000	Österreich-Ungarn . . . . . 2000
Vereinigte Staaten . . . . .	4280	Italien . . . . . 1960
Schweden . . . . .	2980	Rußland . . . . . 1200

Danach ist der ärmste unter den Staaten der zivilisierten Welt Rußland; dabei hat es die größte Ausdehnung und die meisten Naturschätze.

**Der deutsche sozialdemokratische Leseklub in Paris, 9 rue de Valois,** besteht jetzt 30 Jahre. Nach einer sturmbelegten Jugendzeit steht er heute, stattlich erwachsen, in einer Periode kräftigsten Wirkens. Tausende von deutschen Arbeitern, die sich im Laufe der Jahre vorübergehend oder länger in Paris aufhielten, sind in seinen Kreis getreten und haben hier Kameradschaft, hilfreiche Unterweisung und Erziehung in sozialistischem Geiste erfahren. Sowohl politisch wie gewerkschaftlich hat diese Organisation Hervorragendes geleistet. Nicht gering war sein Vermögen, die gewerkschaftliche Betätigung der eingewanderten deutschen Arbeiter zu beleben. Wenn diese Aufgabe heute zum Teil von besonderen deutschen Gewerkschaftssektionen übernommen worden ist und so in wirksamer Weise besorgt werden kann, so bleibt die Anregung sein dauerndes Verdienst und neben ihr die fortwährende Werbetätigkeit, die der Klub als Zentralsammelplatz der nach Paris kommenden deutschen Sozialisten immer noch ausübt. — Wir bringen dem Verein zu seinem Jubeltage unsere Glückwünsche dar.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrags erteilt, und zwar ab 1. November: Breslau 20 Pf., Kirchheim bei Heidelberg 5 Pf., Königswusterhausen 10 Pf., Limbach 10 Pf., Memmingen 5 Pf., Neuwied 10 Pf., Rummelsburg 10 Pf., Wismar 5 Pf.

Zur Auszahlung der Krankenunterstützung müssen wir besonders auf die Anleitungen, die dem Krankenunterstützungsbuch vorgebracht sind, hinweisen und um genaue Beachtung derselben bitten. Es wird vielfach der Fehler gemacht, daß Kranken-, Streik- und Arbeitslosenscheine, die als beitragsfrei abgestempelt sind, bei der Krankheitsmeldung als be-

zahl gerechnet werden. Andererseits kommt es vor, daß solche als beitragsfrei abgestempelte Wochen zum Zwecke der Erreichung der Unterstützungs berechtigung nachgezählt werden. Demgegenüber sei hier nochmals ausdrücklich betont, daß nur solche Mitglieder der Krankenunterstützung bezieher können, die bei Beginn der Krankheit beziehungswise Erwerbsunfähigkeitsbeiträge ein Jahr Mitglied sind und 52 Beiträge à 50 Pf. geleistet haben. Die Nachzahlung bereits früher als beitragsfrei abgestempelter Wochen ist nicht zulässig.

Alle Beiträge, die entgegen und ohne Erfüllung vorstehender Bestimmungen ausgezahlt werden, können nicht auf die Hauptkasse übernommen werden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:  
 119650 Otto Willhagen, Tischler, geb. 7. 5. 84 zu Koitnik.  
 165795 H. Köllner, Tischler, geb. 19. 3. 85 zu Friedrichsroda.  
 193033 Johann Motter, Tischler, geb. 20. 4. 76 zu Worms.  
 204842 Gg. Reinking, Tischler, geb. 19. 12. 76 zu Hüberfeldt.  
 339442 Karl Hülse, Tischler, geb. 4. 5. 82 zu Kallensund.  
 341846 Theodor Kuchle, Tischler, geb. 6. 2. 78 zu Berlin.  
 357308 Berth. Krüger, Tischler, geb. 7. 3. 88 zu Dornswalde.  
 374409 Aug. Hock, Stellm., geb. 26. 10. 89 zu Obereschbach.  
 405807 F. Pieper, Tischler, geb. 4. 3. 87 zu Erzen.  
 Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

#### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

**Gau München.** Den Zahlstellenverwaltungen und Einzelmitgliedern wurde in letzter Woche ein Rundschreiben wegen eingeleiteter umfangreicher Agitation zugesandt. Zurzeit sind in unserem Gau die Lebensmittelverleiher eifrigst an der Arbeit. In den meisten Bezirken wurde bereits der Bierpreis erhöht, auch die Bäckermeister gehen mit Brotpreissteigerung vor. Durch diese Wirkungen des Zolltarifs dürften den indifferenten Kollegen am besten die Augen geöffnet werden, und da gerade bei uns die christlichen Gewerkschaftsführer vor vier Jahren am eifrigsten am Strange der Zollwucherer mitgezogen, so gilt es jetzt, Aufklärung in alle Orte hinauszutragen. Bei dieser Gelegenheit gelangen vom Kaiserlichen Gesundheitsamt herausgegebene Wertblätter gegen Alkoholmißbrauch und über Tuberkulose zum Versand. Die Zahlstellen und Einzelmitglieder werden aufgefordert, umgehend in die Agitation einzutreten und zu diesem Zwecke mit Unterzeichnetem in Verbindung zu treten. Geeignetes Material stellen wir zur Verfügung.  
 München, 4. November 1907.

Der Gauvorstand.

F. A.: Ant. Rath, Humboldtstr. 40 I.

#### Korrespondenzen.

**Aalen.** Kollegen von Aalen und Umgebung, es ist eure Pflicht, regelmäßig an den Versammlungen teilzunehmen. Wir haben hier in Aalen noch so schlechte Verhältnisse, wollen wir die bessern, dann müssen wir für Aufklärung sorgen, dann müssen alle regelmäßig an den Versammlungen teilnehmen. Die nächste Versammlung findet Sonntag den 10. November in der Wirtschaft „Zur Wilhelmshöhe“ statt. Kollegen, erscheint also pünktlich, da die Wichtigkeit der Tagesordnung es erfordert.

**Augsburg.** Es sind nun 2 1/2 Jahre, seitdem die hiesigen Kollegen nach zehnwöchigem Kampfe den Neunstundentag und eine, wenn auch nicht erhebliche Lohnerhöhung errungen haben. Aber im Laufe dieser Zeit haben sich Zustände herausgebildet, gerade in bezug auf Löhne, welche geradezu kraße genannt werden müssen. Haben wir doch durch unsere Statistik, welche wir in den letzten zwei Jahren in unseren regelmäßigen Bezirksversammlungen aufgenommen haben, Durchschnittslöhne von 86 Pf. festgestellt, und das in Bezirken, wo Großbetriebe vorhanden sind; in den Bezirken, wo Kleinmeister in Betracht kommen, sogar einen solchen von 30 und 35 Pf. Im Vergleich zu den hiesigen teuren Lebensmitteln und Wohnpreisen müssen die hier bestehenden Löhne geradezu als traurige bezeichnet werden. Um diesen Überständen einigermaßen entgegenzusetzen, beschloß nun die hiesige Sozialverwaltung, eine öffentliche Schreinerwerkstatt einzuberufen, welche diese Zustände beschreiben soll, und um gleichzeitig die Frage eines Tarifs für das hiesige Schreinerhandwerk zu ventilieren. Dasselbe fand nun am 26. Oktober statt mit dem Thema: „Die Lohnverhältnisse im hiesigen Schreinerhandwerk und die Vorteile eines Tarifs.“ Der Referent schilderte in sachlicher Weise die hier bestehenden Lohnverhältnisse und führte den Kollegen die Vorteile eines Tarifs vor Augen, welcher der Willkür der Arbeitgeber in bezug auf Bezahlung der Löhne einen Damm setzen soll. Er machte des weiteren die Kollegen auf die jetzt noch bestehende gute Geschäftskonjunktur aufmerksam, welche aller Voraussicht nach auf die Länge der Zeit nicht mehr anhalten werde, und er ermahnte deshalb die Kollegen, treu zusammenzuhalten und für weiteren Ausbau unseres Verbandes Sorge zu tragen, um so bei gegebener Zeit an die Verbesserung unserer elenden Lage denken zu können. Nach Annahme folgender Resolution wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen: „Die heute im „Blauen Boot“ tagende öffentliche Schreinerwerkstatt erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden. In Erwägung, daß die Lohnverhältnisse im hiesigen Schreinerhandwerk direkt unhaltbar geworden sind, beauftragt die Versammlung den Ausschuß des Holzarbeiterverbandes, die nötigen Grundlagen vorzubereiten, um eine durchgehende Besserung herbeizuführen. Des weiteren beschließt die Versammlung, unablässig zu agitieren, um den letzten Kollegen zur Organisation zu bringen.“ An den Kollegen liegt es nun, nachdem unsere Sozialbeiträge geregelt sind, durch fleißigen Versammlungsbesuch und unermüdete Agitation unsere Reihen zu stärken, um so auf dem begonnenen Wege weiterzukommen.

**Bayern.** Am 13. November findet hier am Orte die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht statt, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sich die Gegner der freien Gewerkschaften, unter ihnen der evangelische Arbeiterverein, die Militärvereine, und nicht zu vergessen die Kirch-Dunkerschen Ge-

werksvereine an dieser Wahl zahlreich beteiligen und eigene Kandidaten aufstellen werden. Da bis jetzt nur Mitglieder der freien Gewerkschaften diese Ehrenämter inne hatten, so wäre es ein Schande für uns, wenn uns dieselben verloren gingen. Wir fordern deshalb alle Kollegen hier am Orte, welche wahlberechtigt sind, auf, sich unter allen Umständen an dieser Wahl zu beteiligen. Wahlberechtigt ist jeder Reichsdeutsche, welcher 25 Jahre alt ist, am Orte wohnt oder arbeitet und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt. Die Wahl findet Mittwoch den 13. November von früh 10 Uhr bis Nachmittag 3 Uhr statt. Also veräume kein Holzarbeiter den Tag der Wahl.

**Buchholz.** Am 27. Oktober fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung für die Ortschaften Annaberg-Buchholz, Schlettau, Waltersdorf und Umgegend statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Lage der Holzarbeiter im Erzgebirge und was lehrt uns die Aussperrung in der Prägeindustrie von Annaberg und Buchholz.“ Kollege Siegfeld-Chemnitz hatte das Referat übernommen; derselbe führte etwa folgendes aus: Über die Lage der Arbeiter zu sprechen, könnte er sich eigentlich erparen, da die Kollegen, die mitten im Lohnkampf stehen, am besten beurteilen könnten, wie es ihnen geht, aber durch das tagtägliche Schaffen in fast immer ein und denselben Verhältnissen gewöhnten sich die Arbeiter so sehr an die unerquicklichen Dinge, und gerade im Erzgebirge gebe es noch eine große Zahl dieser Arbeiter, welche ihre Lage nicht erkennen, und doch sei es gerade hier überaus notwendig, bessere Verhältnisse zu schaffen. Denn im Erzgebirge sind noch die schlechtesten Löhne und längsten Arbeitszeiten vorhanden. Bedner ging dann des längeren auf die allgemeine Lebenslage der Arbeiter Deutschlands ein. Er zeigte an der Hand von Statistiken die Zunahme der Kindersterblichkeit und die große Zahl von Unfällen, wo solches ziffernmäßig festgestellt, könne man doch noch nicht vom Lande der Sozialreform reden, welches an der Spitze der Länder marschiere. Ja, wenn im Viehbestand solche Zahlen festgestellt würden, hätte man schon längst Abhilfe geschaffen. In Deutschland habe man es noch nicht einmal so weit gebracht, um einen Normalarbeitstag festzulegen. An zahlreichen Beispielen zeigte der Referent, wie nachteilig die lange Arbeitszeit auf Geist und Körper des Menschen wirkt. Die schlechte Entlohnung und die dadurch bedingte Unterernährung und schlechten Wohnungsverhältnisse usw. trügen vollends noch dazu bei, die Arbeiter auszupowern und ihnen jedes Lebensglück zu rauben. Da nun der Arbeiter von keiner Seite geschützt sei, müsse sich derselbe bessere Verhältnisse erkämpfen. Dies sei aber nur möglich bei starker Organisation. Zu dem Kampf in der Prägebranche übergehend, zeigte Kollege Siegfeld die Entstehung desselben und mit welchen Mitteln seitens der Gegner gekämpft werde. Lüge und Verleumdungen von Anfang bis zu Ende. Die „Obererzgebirger-Zeitung“ habe sich Unglaubliches im Herunterreißen der Arbeiterfrage geleistet. Die Arbeiter sollten die Konsequenzen daraus ziehen und solche Giftpflanzen aus ihrem Hause verbannen. Nicht lauter Stege gebe es in der Arbeiterbewegung, sondern auch Niederlagen, aber die Arbeiterschaft muß so diszipliniert werden, auch Niederlagen zu ertragen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen; besonders hier wünsche er, daß die Arbeiter nun erst recht fest an der Organisation hielten, damit das Gegenteil eintrete, als was die Kapitalisten wollen. Also hinein in die Organisation. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einem kurzen Schlußwort wurde die Versammlung geschlossen.

**Rheine.** Hier fand am 26. Oktober eine vom Christlichen Holzarbeiterverband einberufene öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, die sich mit den Fragen „Was haben die christlichen Gewerkschaften geleistet?“ und „Das Verhalten der sozialdemokratischen Holzarbeiter in Rheine“ beschäftigten sollte. Referent war der christliche Sekretär Böhme aus Hannover. Zweck der Versammlung sollte sein, einen von unseren Kollegen angeblich verübten Streikbruch kräftig aufzubrechen und unsere Kollegen zu verächtigen. Und das, obwohl von unseren Kollegen des ausführenden Klargestellt worden war, daß von unserer Seite in Rheine durchaus einwandfrei verfahren worden war. Herr Böhme tat sein Möglichstes, um die Mitglieder vom Streikbruch unserer Kollegen zu überzeugen. Bei unserem Kollegen Schreck-Kieckel wurde ihm aber häufig hingeleuchtet, trotz christlicher Diabalmacherei. Kollege Borchsch, gegen den der Angriff der Christlichen hauptsächlich gerichtet war, bewies an der Hand tatsächlicher Unterlagen und unter Benennung glaubwürdiger Zeugen, daß er korrekt gehandelt habe, und widersprach den Lügen des christlichen „Holzarbeiters“. Er habe angefangen, nachdem der Unternehmer verjehrt hatte, wie auch aus dem christlichen „Holzarbeiter“ hervorging, daß der Streik beendet sei. Kein Streikposten habe ihn diesbezüglich angehalten, erst nach einigen Tagen wurde er von der Streikleitung vorgeladen, und wurde da vereinbart, wenn anderen Tages der Streik nicht beigelegt sei, sollte er abreißen. Anderen Tages wurde der Tarif aber unterschrieben. Von den zwei bei Uble in Arbeit getretenen hat der eine sich außerhalb unseres Verbandes gestellt, während der andere bei den Hirschen organisiert war. Als einem weiteren Kollegen nicht mehr das Wort erteilt wurde, um sich zu der Sache zu äußern, verließen unsere Kollegen die Versammlung. — Im allgemeinen können wir mit dem jetzigen Stande unserer Organisation in Rheine zufrieden sein. Wir freuen uns, daß es uns gelungen ist, festen Fuß hier zu fassen, und daß das den Christlichen Kopfschmerzen macht, beweist jedenfalls die Tatsache, daß sie sich mit uns beschäftigen müssen. Auf andere Weise können sie uns nicht entgegenwirken. Die Versammlung war ein Anglistprodukt der Christlichen, und ist es nun Sache unserer Kollegen, unseren Verband hier auszubauen und kräftig zu agitieren. Dann wird unsere junge Zahlstelle blühen und gedeihen, trotz aller Machinationen der Christlichen.

**Trossingen.** In der Webfabrik von Michael Weib werden etwa 12 bis 15 Arbeiter und ein Lehrling beschäftigt, der die Dreherei erlernen sollte. Dieser Lehrling ist jedoch mehr am Handwagen und im Kesselhaus zu sehen als an der Drehbank, ja es kam sogar vor, daß der Lehrling morgens 5 Uhr aufstehen mußte, um den Kessel der Dampfmaschine anzuhaken und die nötigen Arbeiten im Kesselhaus zu verrichten, bis der Heizer und Meister von ihrer Frühautobilfahrt zurückkehrten. Doch um diesen Lehrling bestimmt sich niemand, er ist ja aus dem Waisenhaus hierher in die Lehre gekommen. Ich glaube

überhaupt, daß die Fabrikinspektion diesen Betrieb gar nie aufsucht, trotzdem er ihr schon mehrere Jahre unterstellt ist. Die Werkstatt ist hinten an das alte Haus angebaut, der Abort steht mitten darin, nur von einem Breiterverschlag umgeben, die Abortgrube befindet sich unter dem Werkstattboden. Der Werkstattboden dient als Decke derselben. Da kann man sich einen Begriff machen, was der Arbeiter, der in dieser Werkstatt beschäftigt ist, den ganzen Tag für einen pestilenzialischen Geruch in der Nase hat. In dem Maschinenraum der Holzbearbeitungsmaschinen ist voriges Jahr ein Ventilator erkauft worden, scheint's nur zu Dekorationszwecken, denn laufen tut er das ganze Jahr nie, so kann er auch den Dreck und Staub nicht aufsaugen und fortbefördern. Eine Schutzvorrichtung an den Maschinen kennt man in diesem Geschäft nicht. So kamen in diesem kleinen Betrieb seit 1. Januar bis jetzt, also in dreiviertel Jahren, nicht weniger als sechs Betriebsunfälle an Hobel- und Sägmäschinen vor, die in jedem einzelnen Falle Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten. Aber warum gibt es so viele Unfälle in diesem Betrieb? Kein Arbeiter, und wenn er noch so fleißig arbeitet, kann diesem Herrn Arbeitgeber genug leisten. So kam es schon vor, daß man eine Arbeit (die ein guter fleißiger Arbeiter in drei bis vier Tagen fertig bringen konnte) einem Gefellen in Arbeit gab, diesen aber schon anderen Tags fragte: „Bringen Sie die Arbeit heute noch fertig?“ Auf diese Art treibt man hier die Arbeiter an der Maschine so gut wie an der Bank, trotzdem der Lohn nicht gerade der beste ist. Und so ist auch der Wechsel der Arbeiter ein gar großer; dieser Herr Arbeitgeber beschäftigt 12 bis 15 Arbeiter zu gleicher Zeit, er ist jedoch bei der fortlaufenden Nummer jährlich schon auf 35 bis 40 gekommen, ein Beweis davon, wie stark der Wechsel ist infolge der besolaten Verhältnisse. Wir richten nun das Ersuchen an die dortigen Arbeiter, sowie an sämtliche Holzarbeiter Trossingens, einzutreten in den Deutschen Solgarbeiterverband, daß wir solchen und anderen Übelständen abhelfen können.

**Sterbetafel.**

- Heinrich Richter, Tischler, geb. 27. Juni 1847 zu Germerleben, gest. 28. September 1907 zu Braunschweig.
- Hermann Schwarz, Maschinenarbeiter, geb. 11. Dezember 1846 zu Polznitz, gest. 27. September 1907 zu Freiburg i. Schl.
- Sofie Zwilling, Holzarbeiterin, geb. 3. Juni 1892 zu Nürnberg, gest. 1. Oktober 1907 ebenda.
- Josef Strauß, Tischler, geb. 1. Dezember 1854 zu Grottau, gest. 5. Oktober 1907 zu Dippoldiswalde.
- Hermann Friedrich Diehe, Tischler, geb. 10. Februar 1884 zu Paunsdorf, gest. 4. Oktober 1907 ebenda.
- Otto Max Biesche, Maschinenarbeiter, geb. 10. August 1866 zu Gr.-Sedlitz, gest. 7. Oktober 1907 zu Leipzig.
- Abolf Bauermeister, Modellstecher, geb. 14. Februar 1847 zu Diesdorf, gest. 10. Oktober 1907 zu Leipzig.
- A. Klötzer, geb. 2. Januar 1860, gest. 28. September 1907 zu Pargitz.
- Johann Hagen, Ausschneider, geb. 21. Juni 1877 zu Großreuth, gest. 10. Oktober 1907 zu Nürnberg.
- Karl Engelhardt, geb. 18. Juli 1878 zu Wallenberg, gest. 2. September 1907 zu Darmstadt.
- Max Reichenstein, Tischler, geb. 4. August 1881 zu Borna, gest. 18. Oktober 1907 zu Leipzig.
- Robert Szeliess, Tischler, geb. 19. August 1849 zu Gallus, gest. 12. Oktober 1907 zu Graudenz.
- Bernhard Siegmund, Tischler, geb. 4. Februar 1872 zu Engelsdorf, gest. 5. Oktober 1907 zu Seiffenhersdorf.
- Otto Hartmann, Gummidrechsler, geb. 8. August 1861 zu Großschöcher, gest. 20. Oktober 1907 zu Leipzig.
- Max Hugo Weigel, Holzarbeiter, geb. 12. Dezember 1876 zu Haschau, gest. 20. Oktober 1907 ebenda.
- Karl Eichhorn, Schreiner, geb. 28. Mai 1856 zu Waldorf, gest. 30. September 1907 zu München.
- Walter Gesche, Tischler, geb. 20. Oktober 1887 zu Feschlapp, gest. 27. Oktober 1907 zu Stolp.
- Andreas Geier, Schreiner, geb. 20. Oktober 1887 zu Dallau, gest. 24. Oktober 1907 ebenda.
- Wladislaus Paradowsky, Schreiner, geb. 9. Januar 1884 zu Dmulle, gest. 26. Oktober 1907 in Cassel.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

**Unsere Lohnbewegung.**

**Warnung vor Zuzug!**

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
  - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Gernsörbe (Krucau und Holtorf), Eisenberg i. Sachsen-Altenburg, Gemelingen bei Bremen (Fenbrück), Hohenholm bei Bromberg, Lauenburg i. Pomm., Minden i. Westf., Mühlendorf a. Inn (Kempf & Geiger), Neu-Jsenburg, Solingen, Wolfenbüttel (Knuß), Zürich (Glaserei J. Fluhrer);
  - Tischlern, Stuhlbauern, Drechtlern und Maschinenarbeitern nach Vahr i. Baden, Lauterberg a. Harz;
  - Korbmachern nach Greifenhagen (Steinhöfel);
  - Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebscher);
  - Stocharbeitern nach Grimma;
  - Vergoldern nach Darmstadt, Budapest und Sipto-Malusina in Ungarn;
  - Modellstechern und Mühlenbauern nach Blanzenburg und Sorge im Harz, Hamburg (F. M. Schule), Sangerhausen (Barbarossawerk);
  - Vergoldern und Rahmenschreiner nach Zürich.

In Berlin ist es bekanntlich den Rahmenvergoldern gegliedert, einen günstigen Tarifvertrag abzuschließen; in dem Bericht über diese Bewegung in letzter Nummer hat sich nun ein Fehler eingeschlichen. Es darf nicht heißen: Nur

fehlt uns noch die Anerkennung des Arbeitsnachweises, sondern hervorzuheben ist noch die Anerkennung des Arbeitsnachweises. Also gerade das Gegenteil der Mitteilung des letzten Berichtes trifft zu.

In Dresden beschäftigen sich die Kollegen schon längere Zeit mit dem Gedanken einer Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse. So waren es denn die Gutformtischler, welche durch einen kürzeren Ausstand wesentliche Verbesserungen ihres Tarifes erkämpften. Auch die Sektion der Drechsler sowie die Knopfarbeiter zweier Firmen errangen sich teils durch Ausstand, teils durch gütliche Unterhandlungen annehmbare Lohnaufbesserungen sowie Arbeitszeitverkürzungen, festgelegt durch Tarifverträge. Am geschicktesten verstanden es die Kollegen der Parkettbranche, welche ihren Arbeitgebern die aufgestellten Forderungen werkstattweise unterbreiteten. Es kamen folgende Firmen in Betracht: Gebr. Bauer, GbH, Kampmeier und Kungendorfer Parkettfabrik. Bei ersteren drei Firmen war es möglich, durch gütliche Vereinbarungen, und bei letzterer Firma mittels anderthalbtägigem Streik die Forderungen voll und ganz in Form eines Tarifs zur Anerkennung zu bringen. Erreicht wurde unter anderem eine Lohnerhöhung bis zu 20 Prozent sowie Vergütung von dritter Fahrklasse bei Montagen. Es dürfte jetzt nur noch an den Kollegen der Firma Heine liegen, das bereits Versäumte nachzuholen, und die Breslauer Parkettleger sind ein gut Stück vorwärts gekommen. Sämtlichen hiesigen Parkettlegern möge es aber als Ansporn dienen, in Zukunft regelmäßig die Versammlungen, welche zur gemeinsamen Aussprache über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einberufen werden, zu besuchen. Denn „Einigkeit macht stark“, welches uns an deutlichsten wieder der Fall Kungendorfer Parkettfabrik beweist.

In Bromberg sind die Tischler und Maschinenarbeiter der Firma S. D. Jaffe, Hohenholm, in den Ausstand getreten, weil ihnen die in diesem Frühjahr in Bromberg gewährten Lohnserhöhungen verweigert wurden. Es kommen 100 Kollegen in Betracht. Zuzug ist fernzuhalten.

In Eisenberg sind die Pianofortearbeiter in Streik getreten. Verlangt wird die 54stündige Arbeitszeit und 10 Prozent Lohnserhöhung, während der Arbeitgeber nur die 55 1/2 stündige Arbeitszeit und 4 Prozent Lohnserhöhung mit einer Vertragsdauer bis 12. Februar 1910, später 5 Prozent mit einer Vertragsdauer bis 31. Dezember 1909 bewilligen wollten. Den letzteren Vorschlag haben die Arbeitgeber auf Veranlassung des Zentralvorstandes des Schutzverbandes zurückgezogen. Die Kollegen haben zunächst die Zugeständnisse als zu minimal abgelehnt, lehnen aber auch ferner mit aller Entschiedenheit einen Vertrag mit einem Ablaufstermin am 12. Februar 1910 ab. Da der Kampf ein hartnäckiger zu werden verspricht, wird vor allem ersucht, den Zuzug streng fernzuhalten.

In Göttingen wie im Altenlande können die Korbmacher auf eine gelungene Lohnbewegung zurückblicken. Es wurde eine 7 bis 8prozentige Lohnserhöhung durchgesetzt, ferner eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 1/4 Stunden pro Tag. Da bereits zwei Jahre hintereinander eine Lohnserhöhung stattfand, gaben sich die Kollegen hiermit zufrieden. Wir versichern, das Erringene uns zu erhalten, wenn nur die Kollegen dem Verband treu bleiben, dann werden auch wohl die paar vereinzelt noch daselbstenden Unorganisierten einsehen, daß sie sich uns anschließen müssen. Auch sollte der eine oder andere Kollege sich seine frühere Tätigkeit ins Gedächtnis zurückrufen und sich dem Verband wieder anschließen.

In Grimma gilt der Abwehrstreik der Stocharbeiter als aufgehoben, da alle Kollegen, bis auf zwei, anderwärts in Arbeit getreten sind. Wiederholt eingeleitete Einigungsverhandlungen, selbst die des Bürgermeisters, wurden von der Firma abgelehnt. Der Verbandspräsident mußte gewahrt bleiben, selbst wenn das Geschäft dabei zugrunde ginge. Die Firma glaubt nun, mit ungelerten Arbeitern daselbst wieder zu haben, und damit nun Herr von Heu dabei nicht gestört wird, haben die Kollegen beschlossen, die Sperre über den Betrieb zu verhängen.

In Grimma bei Bremen sind sämtliche Tischler, Maschinenarbeiter und Schlosser bei der Firma Osentrick & Co., Maschinen- und Wälzformfabrik, insgesamt (einschließlich der Hilfsarbeiter) circa 40 Arbeiter, am 1. November in den Ausstand getreten. Die Firma beabsichtigt die Einführung der sogenannten englischen Arbeitszeit und ihre Herabsetzung von 60 auf 54 Stunden unter möglichster Einschränkung der Pausen. Hiergegen haben die Arbeiter im großen und ganzen nichts einzuwenden. Die Firma lehnt jedoch eine der Verkürzung der Arbeitszeit um 6 Stunden pro Woche entsprechende Erhöhung, besonders der Akkordpreise, ganz entschieden ab. Eine neue Arbeitsordnung, die den Arbeitern präsentiert wurde, enthält gegenüber der alten ganz erhebliche Verschlechterungen. Die Löhne, welche übrigens gar nicht in Betracht kommen, weil vorwiegend in Akkord gearbeitet wird, sind von 25 Pf. auf 35 bis 42 Pf. erhöht worden, bei Akkordarbeiten aber sind sogar bei einer Anzahl Positionen noch Abzüge gemacht worden. Unter den Arbeitern befinden sich Leute, die in dem Betrieb alt und grau geworden sind, die weitaus größere Zahl ist in demselben über 15 bis 30 Jahre beschäftigt. Eine Forderung des Fabrikpächters lautet unter anderem, daß die obengenannten Löhne nur für Arbeiter im Alter von 19 bis 49 Jahren Geltung haben sollen. Nun, Kollegen, an euch im Lande richten wir die dringende Mahnung, den Zuzug nach obiger Fabrik in Gemelingen bei Bremen streng fernzuhalten; die Streikenden sind sämtlich organisiert, und mit eurer Hilfe wird es zweifellos gelingen, den famosen Fabrikanten zur Räson zu bringen.

In Leipzig wird der Streik in der Sophtanofortefabrik von F. Blüthner seitens der streikenden Kollegen noch mit derselben Einmütigkeit fortgeführt, wie er begonnen hat. Die Unternehmer der Musikbranche haben sich inzwischen mit Herrn Blüthner solidarisch erklärt und beschlossen, ab 2. November sämtliche Verbandsmitglieder auszusperrern. Vorher war auch noch seitens der Firma Blüthner der Versuch unternommen, die Streikenden einzuschüchtern. Erstmalig erschien am Montag an dem Fabriktor ein Plakat mit der Erklärung, wer bis 30. Oktober die Arbeit nicht aufnimmt, gilt als entlassen. Diese Frist wurde dann andern-

tags bis 1. November verlängert. Die Streikenden schenken diesen Ankündigungen absolut keine Beachtung, so daß der erhoffte Erfolg völlig ausbleibt. Aber auch den übrigen Unternehmern machte der gefaßte Aussperrungsbeschluß große Schmerzen. Im Auftrag der Herren Chefs kamen viele ältere Kollegen in das Verbandsbureau, um anzukündigen, daß sie beauftragt seien, möglichst auf die Verbandsleitung und die Blüthnerschen Kollegen einzuwirken, um eine Erledigung bei Blüthner zu erzielen. Von einer Einwirkung der Unternehmer auf Blüthner war jedoch nichts zu erfahren. Die Verbandsmitglieder nahmen daraufhin am Donnerstag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Stellung zu der geplanten Aussperrung der Musikarbeiter. Kollege Gercke gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Aussperrung der Bau- und Möbelschleier. Das Vorgehen der Unternehmer dabei war von der Absicht geleitet, den Solgarbeiterverband für die Lohnbewegungen in diesem Jahre matt zu setzen und auch jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen zurückzuweisen. Mit dem Ausgang dieses Kampfes könne der Verband sehr zufrieden sein. Nicht nur daß allenthalben Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zugestanden werden mußten, sondern auch finanziell steht der Verband wieder gekräftigt da. Die Leipziger Zahlstelle zeige besonders nach dieser Zeit ein treffliches Bild der Entwicklung. Am 1. April 1907 betrug das Lokalvermögen über 70 000 Mk., die Aussperrung kostete für Leipzig insgesamt 77 000 Mk., davon wurden allein von der Lokalkasse unter Anrechnung der Extrabeiträge 52 000 Mk. aufgebracht, und am Schlusse des dritten Quartals war ein Bestand von rund 60 000 Mk. in der Lokalkasse wiederum zu verzeichnen. In den letzten vier Monaten wurden über 800 Mitglieder aufgenommen, diese Zahl ist seit dem Bestehen der Zahlstelle kaum erreicht worden. An Lohnbewegungen habe man allen Branchen weitestges Entgegenkommen gezeigt. Die Modellschleier, Riffenbauer, Vergolder, Bilderrahmentischler und nunmehr die Musikarbeiter haben Lohnforderungen eingereicht und bis auf die Erledigung der Differenzen in letzterer Branche alle günstige Fortschritte aufzuweisen. Seit Jahren haben nun die Unternehmer der Bau- und Möbelbranche schon darauf verwiesen, endlich auch die gleichen Lohnbedingungen in der Pianofortindustrie durchzuführen. Der Redner schildert eingehend Entstehung und Verlauf der Bewegung und geht besonders auf die Situation bei der Firma Blüthner ein. Die Stellungnahme der übrigen Unternehmer sei ihnen inwieweit Gefühlen widersprechend, denn solange Herr Blüthner nicht organisiert war, wurde immer darauf verwiesen, daß gerade dieser Unternehmer, der viel leichter und besser zahlen könnte, von Lohnforderungen verschont bliebe. Heute sei es jedoch reine Angstpolitik, welche diese Herren mit den Maßnahmen zum Ausdruck bringen, sie fürchten dabei eine Rückwirkung auf ihre eigenen Betriebe. Wollen die Unternehmer den Kampf ohne jede Berechtigung provozieren, nun wir würden denselben dann mit Entschlossenheit zu führen wissen. Uns zumuten, wir sollten den Kollegen der Firma Blüthner anraten, von ihren Forderungen Abstand zu nehmen, müßte entschieden zurückgewiesen werden. Einstimmig wurde folgende Resolution von der Versammlung angenommen:

„Die den 31. Oktober 1907 im „Sanssouci“ abgehaltene, von 2500 Personen besuchte außerordentliche Mitglieder-versammlung nimmt Kenntnis von der angeordneten Aussperrung der in der Musikinstrumentenbranche beschäftigten Arbeiter, die wegen des Streiks bei der Firma Blüthner inszeniert werden soll. Die Versammlung erkennt nach der Schilderung der Verhältnisse, die zu diesem Streik geführt haben, die vollständige Berechtigung zum Vorgehen der Kollegen bei der Firma Blüthner an und versichert den Streikenden ihre vollständige Unterstützung und Sympathie.

Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen die Einmischung der Musikindustriellen in die Blüthnersche Angelegenheit, wodurch eine Beeinflussung zuungunsten der Streikenden beabsichtigt ist; die Stellungnahme der Unternehmer steht im völligen Widerspruch zu den von ihnen selbst gefaßten Beschlüssen, wonach jeder Unternehmer unter Ausschaltung der Organisation die von den Arbeitern gestellten Forderungen in seinem Betrieb selbst zu regeln habe.

Die Versammlung erklärt, daß die Erledigung der Differenz bei der Firma Blüthner ausschließlich Sache der Streikenden selbst ist.“

Herr Blüthner hatte am Mittwoch zwei Kommissionsmitgliedern gegenüber, welche in anderen geschäftlichen Dingen eine Aussprache mit demselben hatten, den Wunsch ausgesprochen, mit der Gesamtkommission zu verhandeln. Dies ist dann geschehen und wurden Weiterveratungen bis Freitag mittag vertagt. Am selbigen Vormittag hatten die Musikindustriellen Versammlung, und hierbei sind dann auf besonderen Wunsch des Herrn Blüthner mehrere Herren gebeten worden, in Gemeinschaft mit unserer Verbandsleitung und der Streikkommission an einer Einigung mitzuwirken. Nach mehrstündiger Sitzung wurde ein Vermittlungsvorschlag seitens der Unternehmer akzeptiert, welcher Herrn Blüthner anheimstellte, über den Beschluß der Musikindustriellen bezüglich der Akkord- und Lohnzuschläge hinauszugehen. Es soll dabei der Vorschlag der Arbeiter, bis 7 1/2 Prozent in einzelnen Branchen zu gewähren, als Grundlage der weiteren Beratungen dienen. Es sind nunmehr besondere Branchenkommissionen ernannt, welche mit der Geschäftsleitung und unter Hinzuziehung des Bevollmächtigten die Akkordpreise neu festlegen. Die Arbeit wird vor Erledigung dieser Beratungen nicht aufgenommen. Es steht jedoch zu erwarten, daß dies in den nächsten Tagen geschieht. Die programmatische Aussperrung seitens der Unternehmer ist bis jetzt, jedenfalls in Rücksicht auf die Verhandlungen, unterblieben.

In Neu-Jsenburg wird der Kampf mit unverminderten Kräften weitergeführt. Wir werden weiterhin der Streik von Seiten der Unternehmer geführt wird, zeigt eine Notiz in der „Offenbacher Zeitung“ vom 29. Oktober. Der Berichterstatter schreibt, daß der Christliche Holzarbeiterverband deschlössen hätte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der christliche Verband zählt 10 bis 12 Mitglieder, wovon 1 Mann stehen geblieben ist, weitere 2 Mann haben vorige Woche und 2 Mann im Laufe der letzten Woche die Arbeit aufgenommen. Beschluß wurde aber keiner gefaßt. Es beweist dieses, daß die Unternehmer alle möglichen Mittel versuchen, um unter den Streikenden Verwirrung hervorzurufen. Einbildung von den Herren ist es, daß die zugeworfenen Arbeit-

suchenden mit großen Unkosten abgeschoben werden. Hier können wir ihnen verraten, daß die Leute alle, nachdem sie die Lage am Orte erfahren haben, wieder abreisen, und auch nicht einer darunter war, welcher sich sträubt, den Ort wieder zu verlassen. Die Herren befinden sich hier in großem Irrtum, wenn sie glauben, uns auf diese Art und Weise mühe zu machen. Es beweist ihnen, daß alle Mühe vergeblich ist, und hätte mancher dieser Herren für das Geld, welches er dafür ausgab, seinen Arbeitern die paar Pfennig Lohn auf lange Zeit bezahlen können. Selbstverständlich darf auch nicht die übliche Schauermaur im Stile des Reichslügenverbandes fehlen. Herrn Wittlich soll nämlich ein Stein mit solcher Wucht durchs Fenster in seine Wohnung geschleudert worden sein, daß er ein Stück Möbel und die Wand beschädigte. Der Zweck ist ja ein sehr durchsichtiger. Es soll dadurch die Polizei an die Streitenden geheßt und der hiesigen Einwohnerschaft gruselig gemacht werden. Wenn aber der Reichslügenverband glaubt, dadurch die Einigkeit der Streitenden zu hintertreiben, so irrt er ganz gewaltig. Die Ausständigen werden weiter in Ruhe für ihr Recht kämpfen, bis die Lohnbewegung siegreich zu Ende geführt ist.

**Ausland.**

In Weinfelden, Schweiz, sind die Schreiner und Anschläger in den Ausstand getreten. Zugug ist ferngehalten.  
In Aarhus, Dänemark, ist Filtenborgs Uhrenfabrik gesperrt. Vor Zugug wird gewarnt.

**Aus der Holzindustrie.**

**Werden die Christen endlich vernünftig?**

In der letzten Nummer des christlichen „Holzarbeiter“ kann man unter Briefkasten folgendes lesen:

„Nach M. Wenn die Kollegen im Ruhrrevier über den Terrorismus der „Genossen“ sich entfachen, so geht dieses doch zu weit. Was sollen denn erst die Kollegen in den roten Hochburgen sagen? Das Wort „Terrorismusfall“ müssen die Kollegen aus der Welt zu schaffen suchen dadurch, daß sie bei Terrorismusversuchen auf dem Posten sind. Das müßte ja mit dem Ruckel zugehen, wenn die christlichen Gewerkschaften im Ruhrrevier nicht in der Lage wären, terrorismusküsternde „Genossen“ die Zähne zu zeigen.“

Aus dieser Briefkastennotiz spricht so etwas wie Verlegenheit über die sich jetzt bemerkbar machenden Folgen des christlichen Terrorismusgeschrei und der christlichen Terrorismusküster. Jahrelang ist von den christlichen Agitatoren das Thema „Terrorismus der Sozialdemokratie“ variiert und fruktifiziert worden, obwohl man alle Veranlassung gehabt hätte, vor der höchsten christlichen Tür zu kehren, und obwohl von Seiten der freien Gewerkschaften immer wieder auf das Gefährliche dieses Beginns für die Arbeiterchaft hingewiesen wurde. Nun, wo man im christlichen Lager sich ganz auf diese unangebrachte, unehrliche und dem Arbeiterinteresse schädliche Kampfesweise eingerichtet hat, meken die christlichen Drahtzieher wohl, wie gefährlich die Situation für sie ist und suchen zurückzuhuschen. Zu ihrem Vorgehen mögen sie allerdings auch mit dadurch gedrängt worden sein, daß nicht durch das Geschrei der Sozialdemokraten, wohl aber durch die Feststellungen verschiedener Gewerbeinspektoren und Gerichte die Öffentlichkeit sich weit mehr mit dem Terrorismus der Christen als mit dem Terrorismus der Sozialdemokraten beschäftigen muß. Das könnte, wenn von christlicher Seite den Terrorismusküstern gegen die freien Gewerkschaften nicht Gehalt geschieht, unter Umständen zu verhängnisvollen Folgen für die Christlichen führen. Deshalb hütet man jetzt zumeist und schreibselbst, daß das christliche Terrorismusgeschrei eigentlich zu weit gehe. Hoffentlich hält die Besserung im christlichen Lager an, so daß man sich dort künftig mehr mit dem christlichen Terrorismus als mit dem Terrorismus der freien Gewerkschaften beschäftigt.

Der ehemals Anieftedsche Bürstenmacherverband ist mit dem Anschluß der lokalistischen Gewerkschaften an die Zentralverbände so gar nicht einverstanden. In einer Kundmachung sagt der Ausschuß dieser Organisation:

„Wir erklären, daß wir nach wie vor Gegner der modernen Zentralverbände sind, und daß wir festhalten an den Beschlüssen des letzten Kongresses, die wir meinen, daß sie auf dem achten Kongress weiter ausgebaut werden müssen.“

Wir weisen für uns die Benennung „Anarchosozialisten“ zurück, wir sind Anhänger des Sozialismus (!) und meinen, wenn man diejenigen in der sozialdemokratischen Partei duldet, die immer mehr und mehr ins bürgerliche Lager übertücken, man nicht das Recht hat, die Linkstehenden zu verfolgen, indem man ihnen die Parteipresse sperrt, und die Leiter der Organisationen, die das Vertrauen der Mitglieder haben, zum Verrat anzuregen. Was würde man wohl im umgekehrten Falle zu den Anregungen des Parteivorstandes sagen?“

Bei den lokalistischen Bürstenmachern ist also der beste Wille vorhanden, der Einigung entgegenzuwirken. Zum Glück haben diese konfuse und schlecht stilisierten Kundmachungen der paar lokalorganisierten Bürstenmacher auf den Gang der Dinge keinen Einfluß.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie stand nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im Monat September teilweise schon im Zeichen des Niedergangs. So ließ der Geschäftsgang in der Möbelfabrikation teilweise schon nach, so in Berlin. Gute Arbeitskräfte wurden dort gesucht, an anderen war dagegen kein Mangel. In Stuttgart waren die Möbelfabriken gut oder doch befriedigend beschäftigt. Im Luxuswagenbau in Berlin dauert die rege Beschäftigung an. Doch ist auch hier das Überangebot an

Arbeitskräften stark. Der Eisenbahnwagenbau war andauernd gut beschäftigt, so daß teilweise Überarbeit erforderlich war. Mehrfach traten Lohnerbhöhungen ein. In der Kistenfabrikation in Berlin war der Beschäftigungsgrad befriedigend. In der Salouiffabrikation trat eine Besserung ein, eine Verschlechterung in der Holzpflasterfabrikation. Die Holzbildhauereien waren ausreichend mit Aufträgen versehen. Es fehlte wie immer an Polierern. Das Steigen der Löhne dauerte an. In der Bürstenfabrikation dauert die gute Lage an. Durchweg macht sich Arbeitermangel bemerkbar. In Donau- eschingen brach in einem Betrieb ein teilweiser Streik aus. Hier fanden mehrfach Lohnerbhöhungen statt. Die Sägewerke und holzbearbeitenden Betriebe waren nach Werichten aus Bayern und Ostpreußen gut beschäftigt, während in Betrieben in Berlin der Monat September einen schlechten Geschäftsgang brachte, ebenso in Pommern und den angrenzenden Gebieten, so daß hier manche Sägewerke den Betrieb eingestellt haben. Die Ursache ist zu suchen vor allem in der geringen Bautätigkeit in Berlin. Arbeitermangel wird nur aus Ostpreußen gemeldet. Die Spielwarenindustrie hat in Sonneberg eine Steigerung der Beschäftigung erfahren. Dort trat auch Arbeitermangel ein, hervorgerufen durch die Grntearbeit, welche die Heimarbeiter erheblich in Anspruch nimmt. In einigen kleineren Betrieben kamen Arbeitseinstellungen vor, die durch das Entgegenkommen der Arbeitgeber beigelegt wurden. Die zugestandenen Lohnerbhöhungen bewegten sich zwischen 10 und 20 Prozent.

Rheinische Pianofortefabriken, Aktiengesellschaft, vorm. C. Mand, in Coblenz. In der am 10. Oktober abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung wurden die Kaufverträge mit den Pianofabrikanten C. Mand & Knapp, G. m. b. H., genehmigt. Die Firma der Gesellschaft wurde von Rheinische Pianofortefabriken, Aktiengesellschaft, in Rheinische Pianofortefabriken vorm. C. Mand abgeändert. Nach der Eröffnungsbilanz bestehen die Verbindlichkeiten aus 1.000.000 Mark Aktienkapital, 265.824 Mark Hypothekenschulden, 491.915 Mark Buchschulden und 24.769 Mark Akzeptverbindlichkeiten. Unter den Vermögenswerten stehen die Grundstücksrechnung mit 392.482 Mark, die Gebäude mit 300.000 Mark, die Heizungs- und Beleuchtungsanlagen, Betrieb und Kessel, Transmissionen, Söbelbänke und Werkzeuge, Modelle und Patente mit je 1 Mark, die Waren mit 391.957 Mark, Bar mit 2118 Mark, Wechsel mit 50.867 Mark, Wertpapiere mit 44.028 Mark, Bankguthaben mit 270.000 Mark und die Ausstände mit 331.050 Mark zu Buch.

Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann, Müllau bei Leipzig. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Leipzig geschrieben wird, teilte die Verwaltung in der Generalversammlung mit, daß der Umsatz in 1906/07 etwa um 30 Prozent höher war als im Vorjahr und die Mehrproduktion im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahrs 320 Pianos betrage.

Sächsische Holzindustrie-Gesellschaft Rabenau. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, setzte die Generalversammlung die Dividende auf 3 Prozent (im Vorjahr 0) fest. Die Verwaltung teilte auf Anfrage mit, daß die Aussichten auf das laufende Geschäftsjahr besser seien. Die österreichischen und deutschen Fabrikanten seien bestrebt, die Preise der Biegeprodukte zu erhöhen. Es werde eine Preis-konvention deutsch-österreichischer Fabriken angestrebt, die Aussichten auf Erfolg habe. Für Handfabrikate habe man bereits teilweise höhere Preise durchdrücken können.

Akt.-Ges. für Bürstenindustrie vorm. C. H. Moegner, Striegau, D. J. Dufas, Freiburg i. B., Striegau i. Schl. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß die Gesellschaft im Jahre 1906/07 wiederum in allen Betrieben ausreichend beschäftigt war. Die Sortenzurichtererei in Neusatz a. D. habe zufriedenstellend gearbeitet. Die Dampfsäge in Gitsa habe mit Nutzen abgeschlossen, doch biente der Reingewinn wieder zu Abschreibungen auf die Anlagen, der Bruttogewinn stieg von 469.179 Mark auf 518.283 Mark. Nach 60.773 (56.593) Mark Abschreibungen bleiben 251.209 (219.941) Mark Reingewinn, woraus beinahe eine Dividende von 10 Prozent auf 1.000.000 Mark Grundkapital verteilt wird.

Der sächsische Holzarbeiterverband. Die sächsischen Arbeiter der Holzindustrie führen schon etwa 19 Jahre einen organisierten Kampf für die Besserung ihrer Lage. Aber die Sachen des Verbandes der Tischler und der Zimmerleute, die bis zur letzten Zeit getrennt existierten, gingen hauptsächlich aus Mangel an Geldmitteln ziemlich langsam voran. Im Juli 1906 vereinigten sich beide Verbände. Wie traurig es bis dahin um die Sache der Organisation stand, zeigt folgende Tatsache: Das ganze Vermögen des Tischlerverbandes bestand in einer Schuld von 50 Mark, die Zimmerleute waren reicher — ihre Organisation verfügte über ein Kapital von ... 4 Mark. Die Vereinigung beider Verbände trug sehr zur Förderung der Organisation bei. Am Ende des Jahres 1905 stieg die Anzahl der Ortsgruppen plötzlich von 12 auf 22; dann traten im Jahre 1906 21 neue Organisationen in den Verband ein, und 1907 schlossen sich noch 22 an, so daß gegenwärtig die Zahl der Ortsgruppen des Verbandes 65 beträgt; in diesen Tagen drückten noch fünf Organisationen den Wunsch aus, sich dem Verband anzuschließen. Die materiellen Verhältnisse des Verbandes haben sich auch bedeutend gebessert und befinden sich gegenwärtig in einer Periode besten Gedeihens. So beträgt die Summe der Einnahmen im ersten Halbjahr 1907 fast 50 Prozent der Einnahmen der letzten zwei Jahre. Im ganzen gingen seit dem 1. September 1905 17.000 Mark ein, ausgegeben wurden 14.000 Mark. Nach seiner Vereinigung gelang es dem Verband, bedeutende Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen zu erzielen. So führte er die Abschaffung des Stücklohnes durch, der fast überall durch Stundenlohn ersetzt wurde; ferner regulierte der Verband die Frage der Arbeit an Maschinen sowie die Frage der Tarifverträge, welche jetzt in vielen Plätzen Finnlands eingeführt sind.

... Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! ... Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverband.

**Gewerkschaftliches.**

**Girsch-Dundersche Prählererei.**

Der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften, bringt in seiner Nr. 84 eine Zusammenstellung über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in diesen Organisationen und stellt die gewonnenen Resultate in Parallele zu den entsprechenden Zahlen der freien und der christlichen Gewerkschaften. Diese Zahlen-gruppierungen haben den Zweck, den Gewerkschaftern ein schätzbare Agitationsmaterial zu liefern, und diesem Zweck entsprechend sind sie auch frisiert.

Um mit dem großen Vermögen prahlen zu können, wird zu dem Vermögen des Gewerkvereins auch das der Kranken- und der Sterbekasse hinzugezählt; auf diese Weise kommt man für das Jahr 1906 zu einer Summe von 30.60 Mt., auf den Kopf jedes Gewerkschaftsmitglieds. Um den unausbleiblichen Einwendungen gegen diese Gruppierung der Zahlen zu begegnen, sagt der Bearbeiter der Statistik: „Es läßt sich von keinem Gesichtspunkt aus etwas dagegen einwenden, daß für die Gewerkschaften die Vermögen der Kranken- und Sterbekasse mitgerechnet worden, schon weil doch ein Teil der Konkurrenzverbände Kranken- und Sterbegeld aus den Verbandskassen zahlen.“ Diese Beweisführung ist ja sehr einfach, aber durchaus nicht stichhaltig. Die Kranken- und Sterbekassen der Gewerkschaften haben mit den Gewerkschaften nichts gemein, sie werden gesondert verwaltet und über sie wird gesondert abgerechnet. Von dem Vermögen dieser Kassen darf kein Pfennig für gewerkschaftliche Zwecke verwendet werden. Dementprechend kann sich auch kein Gewerkschaftsmitglied bei der Durchführung von gewerkschaftlichen Aufgaben auf das Vermögen der Kranken- und Begräbniskasse stützen. Bei den freien Gewerkschaften liegt das Verhältnis beinahe durchwegs anders. Und wenn man Vergleiche im Sinne des „Gewerkvereins“ anstellen will, müßte man dem Vermögen der Zentralverbände auch das der Zentralkrankenkassen hinzuzählen, was natürlich keinem vernünftigen Menschen einfällt, da das Vermögen der Kranken- und Sterbekassen auf die gewerkschaftliche Leistungsfähigkeit einer Organisation nicht den geringsten Einfluß hat. Die betreffenden Vergleichszahlen müssen demnach folgendermaßen aussehen:

Jahr	Zentralverbände		Gewerkvereine (Girsch-Dunder)		Christliche Gewerkschaften	
	vereinnahmten pro Kopf	hatten pro Kopf ein Vermögen von	vereinnahmten pro Kopf	hatten pro Kopf ein Vermögen von	vereinnahmten pro Kopf	hatten pro Kopf ein Vermögen von
	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1901	14,06	12,09	7,46	13,51	?	?
1902	15,13	13,98	7,79	12,58	5,64	4,23
1903	18,49	14,61	8,43	11,31	7,09	4,98
1904	19,19	15,30	9,56	12,50	8,31	6,42
1905	20,68	14,60	11,41	11,90	13,—	6,64
1906	24,62	14,98	11,87	11,12	13,67	9,59

Mit dieser Entwicklung ihrer Klassenverhältnisse können also die Gewerkschafter insbesondere gegenüber den Zentralverbänden keinen Staat machen. Um aber doch die Überlegenheit der Gewerkschafter zu beweisen, zitierte der „Gewerkverein“ einige Zahlen aus dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ hinsichtlich der Unterstützungsleistungen. Dabei ist er aber so schlau, die Vergleichszahlen für die Zentralverbände fortzulassen, da ihnen gegenüber sich die Leistungen der Girsch gar zu bescheiden ausnehmen. Wir wollen also auch hier die Tabelle des „Gewerkvereins“ durch Veranschaulichung richtigstellen. Im Jahre 1906 verausgabten pro Kopf für:

	Zentralverbände	Gewerkvereine (Girsch-Dunder)	Christliche Gewerkschaften
	Mark	Mark	Mark
Rechtsschutz und Unterstützungen	2,88	1,88	0,44
Streiks u. Aussperrungen	8,61	3,73	3,45
Arbeitslosenunterstützung	2,33	1,17	0,25

In einer Stelle des Kommentars zu den produzierten Zahlen spricht der „Gewerkverein“ davon, daß die Girsch-Dunderschen gewohnt seien, „sparsamer“ zu wirtschaften, als zum Beispiel die „sozialdemokratischen Verbände“. Wie die vorstehende Übersicht zeigt, sind sie besonders in bezug auf die Leistungen gegenüber den Mitgliedern sehr sparsam; und dieser „Sparsamkeit“ haben es auch die Gewerkschafter neben anderen Gründen zu danken, daß der Zugang von Arbeitern, welche an dem Girsch-Dunderschen Gewerkschaften Gefallen finden, immer spärlicher wird. Das steigende Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Girsch-Dunderschen Gewerkschaften kommt in der nachstehenden vergleichenden Übersicht über die Mitgliederentwicklung deutlich zum Ausdruck.

Jahr	Mitgliederzahl der			Mitgliederzunahme in Prozent		
	Zentralverbände	Gewerkvereine (Girsch-Dunder)	Christlichen Gewerkschaften	Zentralverbände	Gewerkvereine (Girsch-Dunder)	Christlichen Gewerkschaften
1901	677.510	96.765	160.772	—	5,6	0,6
1902	733.206	102.851	179.799	8,2	6,3	11,8
1903	887.698	110.215	192.607	21	7,2	7,1
1904	1.052.108	111.889	207.484	18,5	1,5	7,7
1905	1.344.808	117.097	265.082	27,8	4,7	27,7
1906	1.689.709	118.508	320.248	25,6	1,2	20,8

Die Girsch-Dunderschen würden klüger handeln, wenn es unterließen, Vergleichen mit anderen Gewerkschaftsrichtungen anzustellen, denn derartige Vergleiche schlagen immer zu ihrem Nachteil aus.

**Die Vereinigung der Lokalfisten mit den Zentralverbänden** zieht anscheinend weitere Kreise. Denn nunmehr hat auch die lokalistische Vereinigung der Maurer ihren Willen zur Einleitung von Einigungsverhandlungen mit dem Maurerverband bekundet. 28 Lokalvereine, darunter Berlin, haben sich für eine Einigung und nur 3 dagegen ausgesprochen. Nunmehr sollen Ende November Verhandlungen mit dem Maurerverband zwecks Anschluß der Vereinigung an diesen stattfinden, und auf 27. und 28. Dezember ist eine Konferenz der Vereinigung einberufen, um zu dem Resultat der Einigungsverhandlungen Stellung zu nehmen. Man kann diesen nur von bestem Erfolg wünschen, im Interesse der deutschen Arbeiterschaft.

Die Geschäftsleitung der lokalistischen Gewerkschaften beauftragt übrigens auf 22. bis 25. Januar einen außerordentlichen Kongreß dieser Gewerkschaften nach Berlin ein, um zu den Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes Stellung zu nehmen. Dieser Kongreß ist von mehr denn zwei Drittel der der Geschäftsmission angeschlossenen Organisationen beantragt und von dieser einstimmig beschlossen worden. Ein Zeichen, daß die Einigung unter den Lokalfisten schon recht viele Anhänger gewinnt.

Sehr betrübt über diese Wendung der Dinge sind natürlich die Anarchisten. Sie hatten auf die Lokalfisten alle Hoffnungen gesetzt und sehen sich nun immer mehr in die Stellung des betrübten Sohngewerks gedrängt, dem die Felle fortzuschwimmen beginnen. Selbst bezeichnend für die der Einigung jetzt noch abholden Lokalfisten ist die von deren anarchisierenden „Freien Arbeiter“ ausgesprochene Absicht, die späteren lokalistischen Organisationsreste um das anarchisierende Banner zu scharen.

**Der Brauereiarbeiterverband** in Wiesbaden hat mit der dortigen Kronenbrauerei einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem als besonders bemerkenswert die Ablösung des Hausstrunkes ist; es wird das nicht getrunken Bier mit 15 Pf. pro Liter vergütet. Die „Wolfsstimme“ in Frankfurt a. M. bemerkt am Schluß einer Besprechung dieses Tarifvertrags: „Durch die Ablösung des Hausstrunkes hat der Brauereiarbeiterverband obendrein bewiesen, wie Ernst es ihm mit der Eindämmung des Alkoholsismus ist, mit dem gerade die Brauereiarbeiterorganisation überall so schwer zu kämpfen hat.“ Es ist jedenfalls erfreulich, daß auch in den Kreisen der Brauereiarbeiter die Erkenntnis wächst, daß nur das Bier unschädlich ist, das nicht getrunken wird.

**Der Zigarrenfortierverband** hat eine Verschmelzung mit dem Tabakarbeiterverband abgelehnt. Die Urabstimmung unter den Mitgliedern ergab, daß nur 176 für die Verschmelzung und 2160 dagegen waren.

**In Cassel** wurde am 26. und 27. Oktober das neue Gewerkschaftshaus eingeweiht. Das Haus macht einen imponierenden Eindruck. Die Redaktion des Casseler Parteiblattes wird ebenfalls in das neue Haus verlegt. Im Gewerkschaftshaus befindet sich ein Saal, dessen Grundfläche 380 Quadratmeter zählt. Für die Fremden ist eine entsprechende Zahl von Zimmern eingerichtet, Badezimmer mit Wannenbadeeinrichtung, Desinfektionsapparat usw. Außerdem ist ein Laden des Konsumvereins, das Parteisekretariat und sieben Bureaus für Gewerkschaftsbeamte im Hause untergebracht. Wir wünschen den Casseler Genossen, daß die an das Gewerkschaftshaus geknüpften Hoffnungen in Erfüllung gehen.

**In Nürnberg** haben die Gewerkschaften ebenfalls eine Zentralherberge errichtet. Die Herberge befindet sich im Gewerkschaftshaus, dem ehemaligen „Historischen Hof“. In 24 Zimmern sind 60 Betten aufgestellt; die Herberge hat ferner vier Brausebäder und einen Desinfektionsraum. Für den Aufenthalt der Reisenden ist ein besonderer Raum eingerichtet, der 60 Personen faßt. Die Herberge ist ohne Rücksicht auf die sehr erheblichen Kosten aus modernster eingerichtet.

**Der fünfte österreichische Gewerkschaftskongreß** fand vom 20. bis 25. Oktober in Wien statt. Derselbe war durch 350 Delegierte besetzt, die 47 Zentralorganisationen und 80 Lokalvereine mit rund 400 000 Mitgliedern vertraten. Zunächst wurde der Bericht der Reichsgewerkschaftskommission wie der der gewerkschaftlichen Vertreter am Arbeitsstatistischen Amte entgegengenommen, die aber ebenso wie die Verhandlungen über den Punkt Arbeiterschutz und das neue Parlament für uns nur wenig Interesse haben. Dagegen waren die mehrtägigen Verhandlungen über den Punkt „Organisation und Taktik“, die nichtöffentlich erfolgten, von allgemeiner Bedeutung. Diese Beratungen führten zu einem Beschluß, die Bildung großer umfassender Industrieverbände anzubahnen, entsprechend der Entwicklung, die die Entwicklung auch in Österreich nimmt; ferner zu einer einheitlichen Regelung der Lohnbewegung, wie der Übertrittsbedingungen zwischen den verschiedenen Gewerkschaften; schließlich zur Gründung eines allgemeinen Solidaritäts- und Kampffonds. In diesen Fonds hat jedes Mitglied der der Reichskommission angeschlossenen Gewerkschaften alljährlich die Summe von 60 Heller zu entrichten. Die Gewerkschaftskommission verwaltet die angesammelten Gelder, die nur für Abwehrkämpfe verwendet werden sollen. Unter Abwehrkämpfen sind hauptsächlich Ausperrungen und Kämpfe um den Bestand der Organisation zu verstehen. Der Kongreß nahm noch ein Referat Viktor Adlers über „Alkoholsismus und Gewerkschaft“ entgegen.

In der ersten Oktoberwoche wurde auch in Prag der Kongreß der tschechischen Gewerkschaften abgehalten, der sich wieder mit den gewerkschaftlichen Sonderbestrebungen der Tschechen beschäftigte. Eine irgendwie den Einheitsbestrebungen der österreichischen Gewerkschaften gerecht werdende Beschlußfassung brachte dieser Kongreß nicht.

## Unternehmerbewegung.

### Der Bund der Scharfmacher

hat in Berlin seine Generalversammlung abgehalten. Neben einer Reihe spezieller Unternehmerfachinteressen wurden auch die Sozialpolitik und die Tarifverträge behandelt. Erfreut ist man erklärlicherweise in Unternehmerkreisen über den großen organisatorischen Aufschwung des Bundes im letzten Geschäftsjahr. Es gehören diesem zurzeit 4500 persönliche und 80 körperschaftliche Mitglieder an. Mit dem

Zentralverband deutscher Industrieller und der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen steht der Bund in einem Kartellverhältnis oder, wie es im Geschäftsbericht an die Generalversammlung heißt: in einer Interessengemeinschaft.

Die Errichtung einer Entschädigungsgesellschaft für Verluste aus Arbeitsentstellungen sei so weit vorbereitet, daß Vorschläge an die Mitglieder in einem Rundschreiben bereits gemacht werden konnten. Die Gesellschaft, die keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zu den bisherigen Gesellschaften sein soll, dürfte demnächst ins Leben treten.

Wichtig für die Industrie ist ferner eine Eingabe betreffend das Recht zur Aufrechnung von Ansprüchen des Unternehmers gegen den Lohn des Arbeiters an den Reichstag.

Über die bestehenden Tarifverträge wurde eine Umfrage veranstaltet.

Unangenehm ist den Unternehmern, daß bei den Wahlen die Sozialpolitik eine so große Rolle spielt. Offen dagegen aufzutreten können sie nicht, wozu sie ihr Herz und ihr Interesse so stark treibt, um den bürgerlichen Parteien die Position nicht noch mehr zu erschweren, denn zur Wahlzeit müssen diese sich doch als Arbeiterfreunde zeigen und drapieren sich deshalb, um diesen Eindruck zu machen, mit einem sozialpolitischen Mantelchen, und mitmachen können sie auch nicht. So sind sie auf den Gedanken gekommen, auf ihrer Generalversammlung mit folgendem Beschluß einen Ausweg zu suchen: „Die Sozialpolitik soll nicht aus taktischen Gründen, sondern um ihrer selbst willen getrieben werden. Es sei nicht zu verlangen, daß die Industriellen die Kosten des Stimmensanges tragen sollen. Der Schwerpunkt der sozialen Gesetzgebung solle auf die Handwerker und Kleinindustriellen gelegt werden.“

Wie sich die Unternehmer auch gegen den kleinsten Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiete stemmen, zeigt der Beschluß, daß sie sich gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden wenden. Ferner wollen die Herren absolut nichts von der Errichtung von Arbeitskammern wissen. Unter dem Abschluß von Tarifverträgen verstehen die Herren folgendes: Ihre Organisation arbeitet die Verträge aus, und die Arbeiter haben diese widerspruchslös anzunehmen, sonst — werden sie hinausgeschmissen.

## Soziale Rechtspflege.

### „Christliche Affenshande.“

Die Straßburger „Freie Presse“ schreibt: Die Agitation der christlichen Gewerkschaftsführer gelegentlich der Meyer Gewerbegerichtswahl am vorletzten Sonntag zeigte wieder einmal, wie bildend und veredelnd die kirchliche und christlich-gewerkschaftliche Erziehung auf die Arbeiter wirkt. Am Tage der Wahl ließen die „christlichen“ Führer ein Flugblatt erscheinen, in dem unter anderem gesagt wird:

„Beider haben die bisherigen Weisheit, Mitglieder der Sozialdemokratie, diese Neutralität nicht bewahrt. Es ist Tatsache, daß der Sozialdemokratie an dem Gewerbegericht wenig liegt; sie bemut die Wahl nur zur Agitation, und da heißt es einfach: Wer nicht Sozialdemokrat ist, der muß verlieren, wenn er auch recht hat, und wer nicht schmiert, muß verlieren. Es ist aber auch nicht anders möglich, denn die Sozialdemokratie sagt, der Mensch stamme von einem Affen ab, und wie ist es möglich, daß ein affenartiges Wesen im Namen des Kaisers und der Gerechtigkeit handeln kann? — Fort mit dem Umsturz! Fort mit der Sozialdemokratie! Weg mit den Religionsfälschern! Weg mit den affenartigen Wesen! — Hoch die Fortschrittspartei! Hoch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiterschaft!“

Jede Skizze des Nachwertes würde die tragikomische Wirkung des obigen uns nicht ändern. Aber wie traurig muß es in den Kopfen der Leute aussehen, die ein solches Geschreibsel nachbrechen können, und wie sind die Arbeiter zu bedauern, die in die Hände solcher „Arbeiterführer“ fallen. Genußt hat ja die Subel die „Christlichen“ nichts. Sie sind bei der Wahl elend hereingebrochen. Aber vor Gericht werden die Herren Gelegenheit haben, zu zeigen, wie sie ihre Parole für „Wahrheit und Recht“ auslegen.

**Ein Verband deutscher Betriebskrankenkassen** ist am 29. Oktober gegründet worden. Derselbe hat bereits Unterverbände in Rheinland und Westfalen, im Unterelbegebiet, in Braunschweig, Baden, Sachsen und Anhalt. In der Bildung begriffen sind solche in Bayern und Thüringen.

## Literarisches.

**Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.** Herausgegeben von Eduard Bernstein. 1. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878. Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. 17 Lieferungen à 30 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Berlin ist der Mittelpunkt des politischen Lebens geworden und so ist auch die Berliner Arbeiterbewegung eng

verbunden mit der Arbeiterbewegung des ganzen Deutschen Reiches.

Was Bernstein in seinem Buche schildert, ist darum auch nicht nur Berliner Bewegung, sondern es ist zugleich ein Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Und darum verdient das Buch auch die Beachtung der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Wir empfehlen das gut ausgestattete Werk allen Genossen. Zu beziehen sind die Hefte durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur.

**Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags in Offen** gelangt soeben seitens der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, zur Ausgabe. Die Verhandlungen in Offen haben allenthalben das lebhafteste Interesse wachgerufen, namentlich waren die Referate Bebel's über „Die Reichstagswahlen und die politische Lage“ und Wurm's über „Die Alkoholfrage“, sowie die sich daran knüpfenden Debatten von großer Wichtigkeit und Tragweite für die organisierten Arbeiter. Weitestgehendes Interesse beanspruchen ferner die Verhandlungen über den „Bericht vom Internationalen Kongreß in Stuttgart“ und die „Berichte der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes“. — Das 416 Seiten starke Protokoll kostet broschiert 1 Mk., Kartontext 1,25 Mk., in dauerhaftem Kalitoband gebunden 1,50 Mk. Zu beziehen ist dasselbe durch alle Buchhandlungen, Parteigeschäfte und Kolporteurs.

**Internationaler Sozialistenkongreß Stuttgart 1907.** Unter diesem Titel gelangt soeben das Protokoll der Verhandlungen in Stuttgart zur Ausgabe. Einleitend enthält dasselbe eine Schilderung des gewaltigen Massenmeetings auf dem Cannstatter Wasen. Aus den Verhandlungen heben wir hervor: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. — Die Kolonialfrage. — Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter. — Politische Partei und Gewerkschaften. — Frauenstimmrecht. Das Protokoll enthält auch die Berichte über die Verhandlungen der Kommissionen. Ein Sach- und Sprechregister erleichtern das Nachschlagen. Der Preis des Protokolls ist 1,20 Mk., eine billige Ausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

**Hermann Schlüter.** Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika. XII und 216 Seiten Großoktav. Preis broschiert 3 Mk., gebunden 4 Mk. Verlag von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart.

Der Verfasser, seit langen Jahren Redakteur der „New Yorker Volkszeitung“, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten an der Hand eines großen Quellenmaterials, das er sich durch eifrige Sammelarbeit zugänglich gemacht hat.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Wilhelm Weitling und seine Agitation in Amerika. — Negerklaverei und Arbeiterbewegung. — Der sozialistische Turnerbund.

Ganz besonders ist der Teil des Buches, der Weitling und seine Agitation behandelt, von großem Interesse. Ihm ist ein Stück Autobiographie Weitlings beigegeben, die nirgendso bekannt geworden ist und ein vollständig abgeschlossenes Bild seiner Tätigkeit gibt.

**Gesundheits-Kalender 1908,** redigiert von Dr. Boeler, Dr. Prager und Dr. Landsmann, erscheinend im Gillingerschen Verlag (Wilhelm Ott) in Würzburg, 16 Druckbogen (128 Seiten) stark mit circa 120 Originalillustrationen, 4 auf Kunstdruckpapier gedruckten vielsfarbigen Kunsttafeln (darstellend die Anatomie des Menschen, die Folgen des Alkoholgenusses, die Wasserbehandlung und eine Serie von zwölf Heilkräutern), mit vielsfarbigem Umschlag (Vorder- und Rückseite), teilweise doppelfarbigem Textdruck und neutralem Kalendarium usw. Preis in den Buchhandlungen nur 50 Pf.

**Ein offenes Wort zur Abstinenzbewegung.** Vortrag von Eugen von der Seyden in Eöln. Druck und Verlag: Buchdruckerei Gustav Wihel, Berlin N 54. 37 Seiten. Preis 25 Pf.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse** der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (C. S. 86, Hamburg.)

Im Oktober sandten überschüsse ein: Berlin D 400 Mk., Stegburg 300, Garburg 300, Berlin C 200, Bergedorf 180, Schweidnitz 150, Hamburg III 100, Helmstedt 100, Halle 80 Mk. Summa 1810 Mk.

Zu Fuß erhielten: Stettin 150 Mk., Offen 100, Breslau 100, Altwasser 50 Mk. Summa 400 Mk. Zul. Maßmann, Hauptkassierer, Hamburg 19.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse** der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (C. S. 8 in Hamburg.)

Einnahme im Oktober:  
Überschüsse sandten ein: Berlin F, Nitzdorf je 1000 Mark, Freiburg i. B. 700, Ebingen, Dresden-A., Würzburg II je 600, Adlershof, Chemnitz, Ludwigshafen je 500, Gmündingen, Karlsruhe, Hamburg IV, Kaiserslautern, Mannheim, Bichtenberg, Heidelberg je 400, Erlangen 450, Bitterfeld, Gemmoor je 350, Schweinau, Steglitz, Leipzig I, Leipzig II, Leipzig III, Weiertheim, Taubertischhofheim, Cassel, Gonsenheim, Mchaffenburg, Weihensee je 300, Schwemningen, Gera, Gohlis, Schöneberg, Kleinhäusen je 250, Friedrichshelde, Bonn, Bamberg, Kassel, Scheubitz, Düsseldorf, Ohlau, Fernsdorf, Altenburg, Griesheim, Schw. Gmünd, Bruckdorf, Gera, Barmen, Mainz, Nieb, Pennek, Ratingen, Steuten, Heiligensell, Wilmersdorf, Meiderich, Wallendar, Kirchheim, Kalk, Plectarau, Al.-Bjocher, Gutrich, Ebingen, Sonnenitz, Darmstadt, Ansbach, Geseleb je 200, Verden 180, Bidingen, Abt.-Glenbach je 180, Unterböbblingen 175,68, Pina 175, Willingen, Emmerich je 170, Biberach, Othas, Stendal, Neuwied, Wehringhausen, Grünwettersbach, Heideburg, Urach, Potsdam, Rombach, Gaarden, Schwerin, Wibel, Landau, Plauen i. B., Rastberg, Blankenburg a. S., Schmölln, Weihenfels, Neustadt b. L., Dessau, Gr.-Dobritz, Kofheim, Sadenburg, Rohradter, Magdeburg je 150, Gannover 140, Rosheim 130, Wubenheim 120, Osterweddingen, Wülfer, Feuerbach, Elmstein, Schleswig, Pöbbeck, Camberg, Stadtilm, Botnang, Driefen, Posen, Memmingen, Knaut-

## Mit jedem Tage

kann der Bezug des Fachblatt für Holzarbeiter begonnen werden. Der Preis beträgt bei allen Postämtern und Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes pro Quartal 1 Mark.

hain, Mariendorf, Baumshulenberg, Goldlauter, Bonames, Geseke, Weitzhöchheim, Götzen, Lorch, Zierlohn, Heddesheim, Schwartau, Eckenlofen, Hofheim, Cronberg, Stötterich, Stolp, Kirchbilmold, Bruchköbel, Minden, Krehshau, Neulussheim, Harburg, Weinheim, Salmünster, Dresden-N., Naumburg, Uzenau, Buchheim, Wintersdorf, Vach, Baugen, Duisburg, Bruchsal, Burgstädt, Nordhausen, Bamberg, Neubühl, Sitterhagen, Goltha, Niederberg, Altrip, Gröhlitz, Schmiedefeld, Martinroda, Heilbrunn, Dünwald, Waldstetten, Sangerhausen, Fürstentum, Wilsdruff, Muggensturm, Gemelingen, Rod, Ottingen, Konstanz, Wipfen je 100, Wilmshausen 95,40, Schleusingen 90, Mühlheim a. M., Eilenburg, Passau, Nastadt je 80, Wesseling, Rothendilmsdorf, Kirchheimbolanden je 75, Strecken 70, Liegenhof, Brühl,

Frankfurt a. D., Kaltensordheim, Brunsbüttelkoog, Oberkirch, Großenhain, Mäckerleben, Heinrichsrub, Mühlhausen je 50, Kriebelbach, Britzwall je 40, Apolda, Mannsdorf je 30.  
 Summa der Überschüsse . . . . . 84 970,08 Mk.  
 Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern . . . . 14,80 "  
 Beiträge . . . . . 2 629,70 "  
 Zinsen von angelegten Kapitalien . . . . 5 817,50 "  
 Sonstige Einnahmen . . . . . 465,88 "  
 Gesamteinnahme 43 897,46 Mk.  
 Ausgabe im Oktober:  
 Versandte Zuschüsse: Ehrenfeld 300 Mk., Schöne-  
 weide, Neu-Fsenburg, Höchst, Ettlingen, Bödingen je 200,

Sossenheim, Oberrad, Hausen, Welschnireuth, Zeulenroda je 150, Gröbtingen, Seckenheim, Durlach, Wehlheiden, Bremen, Wolbau, Leipzig 1, Trebbin, Bachnang, Schw. Hall je 100, Jünnenau 80, Burg-Gräfenroda 60, Gelnhausen, Gräfenroda, Wetterzeube je 50.  
 Summa der Zuschüsse . . . . . 3 340, — Mk.  
 Krankengeld an Einzelmitglieder . . . . 1 719,64 "  
 Sonstige Ausgaben . . . . . 5 969,45 "  
 Gesamtausgabe 11 029,09 Mk.  
 Gesamteinnahme . . . . . 43 897,46 Mk.  
 Gesamtausgabe . . . . . 11 029,09 "  
 Zunahme des Vermögens 32 868,37 Mk.  
 A. Gucl, Hauptkassierer.

### Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Sonntag den 17. November, nachmittags 10 1/2 Uhr, Sektions-Versammlung der Bürstenmacher.

### Anzeigen.

**Basel.** Sektion des Schweiz. Holzarbeiter-Verbandes. Arbeitsnachweis, Reiseunterstützung und Herberge im Gasthaus Zum roten Ochsen. Das Umschauen ist strengstens verboten. Die Kollegen werden dringend erlucht, dieses zu beachten. Für die aus Deutschland kommenden Kollegen zahlen wir für Reisen innerhalb Deutschlands keine Unterstützung. Die Kollegen wollen dieselbe in der letzten Zahlstelle in Deutschland erheben.  
**Berlin.** Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Drechsler, Maschinenarbeiter, Modellistischer, Stellmacher und Stöckarbeiter von 8-10 Uhr vormittags, für Tischler aller Branchen von 10-12 Uhr, für Möbelpolierer von 8-10 Uhr vormittags und 2 1/2-3 1/2 Uhr nachmittags, für Einseger von 1 1/2-2 1/2 Uhr im paritätischen Arbeitsnachweis, Gormant-Strasse 18. Im Arbeitsnachweis, Engelasse 15, Seitenfügel, eine Treppe, Saal 7, werden vormittags von 9-12 Uhr folgende Branchen vermittelt: Bodenleger, Bürstenmacher, Saloufleischer, Planierarbeiter, Stimmacher, Korbmacher, Kammmacher, Silberverrahmenmacher, Perlmutterarbeiter und Vergolder. Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandmitglieder gesperrt. Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.  
**Bernau (Wald).** Bevollmächtigter Emil Schütz, Weinbergstrasse 58. Kaiserlicher Hermann Thätner, Holzmitlenweg (Genossenschaftshaus). Dasselbst wird Unterstützung abends von 6 1/2-7 1/2 Uhr ausbezahlt. Berufslosität Goldner Stern, Kaiserstrasse. Umschauen ist streng verboten.  
**Darmstadt.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Stilling, Stebfrauenstrasse 37. Gedöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-7 Uhr. Umschauen verboten.  
**Hofstadt.** Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Beguntenberg 10. Wir erluchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten.  
**Waldenhausen.** Seit dem 1. November besteht in unserer Zahlstelle ein Arbeitsnachweis. Dieser befindet sich bei Paul Karasch. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die umliegenden Zahlstellen bitten wir, falls dort Kollegen gesucht werden, die Meister an unseren Arbeitsnachweis zu verweisen.  
**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter und Wagner befindet sich bei Kollege Götter, Schindlerstrasse 7. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Weststr. 41, ausbezahlt. Im Wodentag abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wer kann mir die Adresse des Schreibers Friedrich Schnell aus Barmen, sonst in Gellingshaus bei Robert, mitteilen? Er soll sich jetzt in Barmen-Gibefeld aufhalten. Auch um die Adresse seiner Mutter wird gebeten.  
**Augs. Müller, Bevollmächtigter, Wolfert, Oberstr. 81.**  
 Der Tischler Karl Ganne, geb. 20. 7. 87 in Preunitz, Muth. 321 225, wird aufgefordert, das aus der Wilschloß der Zahlstelle Münden a. d. Weister entlehnte Buch unverzüglich zurückzugeben. Kollegen und Verwaltungsbeamte werden freundlich erlucht, Ganne darauf aufmerksam zu machen.  
 Kollegen und Verwaltungen werden um die Hilfe des Schreibers Fritz Liebel, Buchh. 14 930, geb. 27. Oktober 1880 zu Roth a. Sand (Wagen), gebeten. Liebel ist seit sieben Wochen spurlos verschwunden, Koffer und Kleider zurücklassend. Kollegen und Bevollm. Heinz Steinwand, Roth a. Sand, Dieche.  
 Die Kollegen werden erlucht, den Aufenthalt des Schreibers Ernst Fritz, geb. am 15. Juni 1880 zu Basel (Schweiz), zufällig nach Überach in Baden, dem Genossen Oskar Hef, Kirchgasse 27 in Bregenz (Vorarlberg) sofort, event. telegraphisch, zu senden. Kosten werden vergütet.  
 Kollege Reinhold Friedrich (siehe Deine Adresse an Georg Schmidt, Bremen, Wandelftrasse 22, Kollegen, die den Verstorbenen kennen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

**Zwei Möbeltischler**  
 welche nach Zeichnung auf bessere Salommöbel arbeiten können, werden für einen kleinen Ort von 2000 Einwohnern in unmittelbarer Nähe Stettins auf dauernde Arbeit gesucht. Würde sich gut für Verheiratete eignen. Lohn oder Akkord.  
**Arbeitsnachweis der Zahlstelle Stettin.**  
 Preussische Straße 20.

### Deutsch. Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Darmstadt.

Sonntag den 17. November d. J. nachmittags 4 Uhr im Saale Zur Mathildenhöhe, Dieburgerstrasse 26

### 14. Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert, Gesang, Feste, Theater und Ball. Einer zahlreichen Beteiligung aller Kollegen entgegengehend  
**Die Festkommission.**

Mehrere tüchtige Tischler auf bessere Schlafzimmer und eichene Speisezimmer sofort gesucht.  
**Möbelfabrik Themar G. m. b. H.**  
 Themar, Thüringen.

Tüchtige Stuhlbauer für bessere Arbeit finden lohnende Beschäftigung.  
**W. Lange, Springs a. D. (Hannover).**

Ein tüchtiger Sofabauer findet dauernde Arbeit in der Stuhlbauerei von  
**Emil Kohlhardt, Gera (Neuß).**

Suche sofort zwei tüchtige Holzdrechsler auf polierte Möbelerarbeit. Massenartikel. Akkord bei gutem Lohn, dauernde Beschäftigung.  
**Valentin Barth IV, Dampfdruckerei Biblis bei Worms.**

Gesucht. Selbständige, tüchtige Kammmacher finden dauernde Beschäftigung bei  
**Kariger & Pirner, Kammmfabrik Zürich, Gewerbehof Seefeld.**

Ein alter tüchtiger Stellmachersgehilfe erhält Winterarbeit bei  
**P. H. Peters, Stellmacher Rieder-Landslet, Insel Ufen.**

**Korbmacher.**  
 Tüchtige Gestellarbeiter werden eingestellt.  
**Adolf Schmidt, Rohrmöbelfabrik Brandenburg a. S.**

Tüchtige Korbmacher auf Rohrförbe für dauernde Arbeit gesucht.  
**Süddeutsche Rohrwaren-Industrie Ferd. Althoff, Nürnberg.**

**Gesucht 5 Korbmachergehilfen**  
 auf Mattarbeit.  
**C. Pieke, Oldenburg i. Großh.**

Ein Korbmacher findet dauernde Beschäftigung auf Mattarbeit bei  
**Jakob Kessler, Söhr l. Gubitz.**

**Korbmachergehilfen**  
 5 Arbeiter auf Beschlagenes (Reiseförbe) können dauernde Arbeit erhalten. Bezahlung nach hiesigem Fachvereinstarif.  
**O. Kintof, Kopenhagen Colbjörnsonsgade 12.**

2 tüchtige Korbmacher auf Ballontörbe erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn und guten Kulturweiden.  
**Paul Winkler, Gerichsdorf, Riesengeb.**

Gesucht auf sofort ein jüngerer **Korbmachergehilfe**  
 auf Reiseförbe, Zoll 12 Pf., Waschtörbe, Zoll 8 Pf. Dauernde Arbeit.  
**G. Weitzel, Minden i. Westfalen.**

Tüchtige Korbmachergehilfen auf Beschlagen sowie auf Rohrarbeit finden bei neuem Tarif dauernde Beschäftigung.  
**Franz Schindler**  
 Jnh. Marie verw. Schindler  
 Martrankstadt, Sachsen.

### Korbmacher

Nach Erweiterung meiner Werkstellen Mitte November stelle noch 6 Mann auf Beschlagen und 4 auf gekreuzte Weidenstühle ein. (Reiservergütung.)

**R. Wengler**  
**Kopenhagen, Korsgade 16.**

1 oder 2 Korbmachergehilfen auf Mattarbeit sucht für bald  
**Louis Wiegmann, Elze, Hannover.**

Gesucht 2 Korbmachergehilfen auf große Gärtnerförbe (gutes Holz).  
**Ernst Veit, Korbmachermeister Bismark i. d. Altmark.**

Ordentlicher Korbmachergehilfe findet dauernde Beschäftigung auf Beschlagen und Reparatur bei  
**Fr. Freier, Ebersfeld, Stuttgartstr. 29.**

Zwei tüchtige Korbmacher auf Reparaturen sowie neue Förbe als auch Rohrarbeit sofort für dauernd gesucht. Lohn 20 bis 25 Mark nach Ubereinkunft.  
**Kaspar Kayser, Korbfabrikation Nürnberg, Fabrikstraße 10 a.**

Tüchtige, solide **Bürstenmacher**  
 finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung.  
**Schade & Co., Pinsel- und Bürstenwarenfabrik, Quakenbrück, Prov. Hann.**

Ein tüchtiger Bürstenmachergehilfe findet dauernde Beschäftigung bei  
**Ferd. Simon, Bürstenmachermeister Rogasen, Posen.**

Gesucht sofort ein tüchtiger **Hölzschneider** bei gutem Lohn.  
**Wilhelm Voss, Gattorf b. Kiel.**

**Bürstenholzbohrer** gesucht.  
**Otto Oeltze, Gr. Ottersleben b. Magdeb.**

Zuverlässiger **Bohrer** für sofort gesucht.  
**Otto Schwartzer, Bürstenholzfabrik Magdeburg, Karlstraße 6.**

### Almanach

für das Jahr 1908  
 Taschenkalendar für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes

Der neue Almanach erscheint in wenigen Wochen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: August Bohne o. Aus vergangenen Zeiten o. Der Zentralverband der Vergolder o. Moderne Möbel o. Arbeitslöhne im Holzgewerbe. Aber auch der übrige Inhalt wird gewiss wieder alle Verbandsmitglieder befriedigen.  
 Der Preis ist wie seither 50 Pfennig für Verbandsmitglieder. Bestellungen sind an die Zahlstellen-Verwaltungen zu richten.  
 Der Verbandsvorstand.

**Stomkes Städtebuch**  
 Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Megekarte, 856 Seiten, geb. Mk. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei G. Stomke, Bielefeld.

**Technische Selbstunterrichtswerke**  
 System Karpach-Nachfeld  
 Der Bautischler, Der Kanst- u. Möbeltischler, Der Zimmermeister, Glas- u. Erdfuge-Prop. u. Ankerungsschr. gratis u. fr. Anschaffungsgegen.  
**Bonnes & Nachfeld, Potsdam R. 1.**

**Waldsägererei** \* \* \* \*  
 Korbhüterei, Holzbraunmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz u. s. w.  
**J. Brendel, Mandorf 95 (Wald).**  
 Nachhalt. Katalog gratis u. franco.  
 Landfägeholz von 1 Mark an.

### W. Unbehau, Kiel-Gaarden

Spezialität feine Werkzeuge, verkaufe vom 1. Novbr. bis 1. Dezbr. prima **Fachschwänze** mit mess. Rücken und poliert. Heft zu bedeutend herabgez. Preisen. Grösse I 250x50 sonst 1,50 M. jetzt 1,20 M.  
 II 250x60 " 1,65 " " 1,35 "  
 III 300x70 " 1,80 " " 1,60 "  
 IV 300x90 " 2, — " " 1,80 "  
 V 350x70 " 2,25 " " 1,90 "  
 VII 350x90 " 2,50 " " 2,05 "  
 Ziehklängen sonst Stück 50 Pf. jetzt 30 Pf.

DETMOLD ◊ GRÖSSTE  
**TISCHLER-FACHSCHULE**  
 Programm frei. Direktor Reineking.  
 Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Kollegen, kauft nur **Reiseförbe u. Mattfäße**, „Solidarität“ von **Jean Bloss, Stein-Nürnberg.**

### Paul Horn

Politur- und Lack-Fabrik  
 \* Hamburg 23 \*

### Warnung!

### Patent-Verletzung!

Nach dem im Deutschen Reich durch das kaiserliche Patentamt ausschließlich mir allein **patentierten Polierverfahren** werden die Poren des Holzes beim Polieren mit **ipritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver)** gefüllt.  
 Dadurch wird erreicht

eine **sofortige Porenfüllung** man erspart Material, Zeit, Arbeit

edlen unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes

Schleusen, Rissfugen, den der Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unerschöpfliche Schellack-Politur verwendet.

Es ist **patentrechtlich strafbar**, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren (ipritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzumischen, ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

**Verord. zum Vermeid. eines Körbchens**  
 1 Glasöl-Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren

1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren

1 „ Patent-Politur zum Feinpolieren

1 „ allerfeinsten Politur-Glasglanz, blond zum Ausleichen von Kesselflecken usw.

1 „ allerfeinsten Kristall-Glasglanz, blond, (Stuhllack, Drehsleer, Bildhauerlack)

1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich (Holz)

1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn“

1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“

1 „ Bimsstein-Polierpulver, hellmühsbraun

1 Tube Inkrustationsmittl. (Holzleim), blond, z. Ausleichen schabkräftiger Holzstellen

1 Stück Korbschleifklotz, 120x76x80 mm zum Ausleichen, franco inkl. Embal. Preis von **8 Mk.** lage gegen Nachn.

Jch. übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe:

**1 Postkollo zum Verkaufspolieren à 8 Mk.**  
**Mein Lehrbuch** über das Zeigen, Malieren, Schleifen des Holzes enthält in wertvoller Werksatztische sachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Neumann-Berlin, Prof. Dr. Ottolar Senecels-Berlin, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Gammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbemuseum), F. l. Staatsgewerbeschule-Drez, Direktor Jos. Hofmann-München.  
**Preis M. 1.50.** Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

**Werkstattplauderei.** Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern à Mk.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen  
**tüchtigen Fachmann**  
 nicht über 40 Jahre, dem die Leitung unseres Sägewerkes nebst Holzlagern sowie ein Teil der maschinellen Holzbearbeitungsmaschinen übertragen werden soll. Bewerber müssen geübte Holzwerker sein und im Betrieb von Holzbearbeitungsmaschinen reiche Erfahrungen besitzen.  
**Maschinenfabrik Gritzner Akt.-Ges.**  
 Durlach (Baden)  
 Abteilung Nähmaschinen-Möbelfabrik.

**Waldsägererei** \* \* \* \*  
 Korbhüterei, Holzbraunmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz u. s. w.  
**J. Brendel, Mandorf 95 (Wald).**  
 Nachhalt. Katalog gratis u. franco.  
 Landfägeholz von 1 Mark an.